

Zeugungspreise halbmonatlich 80 Kpl. und 20 Kpl. Zotenlohn. Durch die
Dofl monatlich 2.— Mt., einschließlich 48 Kpl. Dofteigungsgeldern, hier-
in Befehlsgeld. Anzeigenspreise: Millimeter lokal 9 Kpl., auswärtig
13 Kpl., Kellame lokal 40 Kpl., auswärtig 65 Kpl. Weißschafte-
Druckerei. 8—14, Telefon 5. Mt. 263 51. Dofteigungskonto lokal 306 51.
Zweigschaftestellen: Wald: Hauptstraße 444, Dembergerstraße,
Telefon 245 28. Drähtort: Df. Dredt, Treibstein, 41, Telefon 244 53.
Obfale: Dfshelborf, 27, Telefon 322 83. Seidlingen: Kruß Wuid,
Baldofhof, 13. Außersdorf: P. Nofenberger, Außersdorf 130, Tel. 330 27.

Chefredakteur C. Müller-Sohler. Verantwortlich für Inhalt und
 Form: C. Müller-Sohler; für den kommunalen Teil Solingen:
 Dr. H. Gotke; für den Rhein-Wupperkreis u. Sport: N. Schäfer; für
 Wirtschaft, Unterhaltung und den übrigen Teil: H. Heinen; für den
 Anzeigenteil: H. Schmidt, alle in Solingen. Berliner Vertreter:
 Dr. M. Bruje, Berliner Anzeigenvertretung: S. W. Demme, Berlin
 Charlottenburg, Ullrichstr. 194, Anruf 1, Steindruck 8813. — Druck
 und Verlag: H. Zöll, Solingen. — Das Solinger Tagblatt erscheint
 täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

|| 124. Jahrgang

Das ganze Krankenkassenwesen soll neugestaltet und in der Verwaltung billiger werden — 30 Millionen für den Mittelstandskredit.

lassen erfolgt ist, ohne daß aber der starke Verwaltungsaufwand dem angepaßt worden wäre. Die Aufgabe des neu einzusetzenden Reichstommisars soll also vor allem der notwendigen Nachprüfung des ganzen Krankenassenwesens und den Vorbereitungen einer **Krankenassenreform** dienen.

Von unserem Berliner Vertreter.

RTW. Berlin, 21. Febr. Das Reichskabinett beschloß heute nochmals eingehend mit der Krankenheingebühr in der Krankenversicherung. Es wurde einstimmig beschlossen, die Krankenheingebühr vollständig zu befreitigen. Bei der Aufrechterhaltung der augenblicklichen Wirtschaft und Verwaltung der Krankenkassen kann nur eine Ermäßigung der Gebühr um 25 Pfennig eintreten. Um die völlige Befreiung der Krankenheingebühr zu erreichen, ist eine gründliche Reorganisation des gesamten Krankenkassenwesens notwendig, wobei insbesondere eine wesentliche Ermäßigung der Verwaltungskosten eintreten muß. Es soll aber auch das ganze Finanzwesen der Krankenkassen geprüft werden. Hierzu ist eine wesentliche Ausdehnung der Aufsicht über die Krankenversicherung notwendig. Das Reichskabinett wird hierfür alsbald die gefällig erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Ferner beschloß das Reichskabinett die Bereitstellung von 30 Millionen RM. für die Gewährung von Zuschüssen an mittelständische Kreditinstitute und die Weiterzahlung von Beihilfen für den Metallerzbergbau. Das Reichskabinett genehmigte den Haushalt für den Reichskommissar für die Luftfahrt und beschloß die Einsetzung eines Reichskommissars für den gewerblichen Mittelstand beim Reichswirtschaftsministerium.

Schließlich befaßte sich das Reichskabinett mit der Prüfung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand sowie mit den Bezügen der leitenden Angestellten von subventionierten Unternehmungen.

Ein Reichskommissar für Reorganisierung der Krankenkassen.

CHB. Berlin, 22. Febr. (Huntprach.) Das Reichstabinett ist heute vormittag 11 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammengetreten, um sich mit der finanzpolitischen Lage des Reiches zu beschäftigen. In unterrichteten Kreisen rechnet man nicht damit, daß im Laufe des heutigen Tages irgendwelche Entscheidungen fallen werden. Die gestern beschlossenen Maßnahmen in Zusammenhang mit der Aufhebung der Krankenkassengebühren werden im einzelnen in einer Verordnung festgelegt werden, die in den nächsten Tagen herauskommen soll.

Wie wir in diesem Zusammenhang von zutiefster Seite hören, beabsichtigt man, einen Reichskommissar einzusetzen, der die **Geschäftsführung der Krantentassen**, den Aufbau ihrer Dekanationen und die Verhältnisse nachprüfen soll, die sich bei den Krantentassen entwickelt haben. Dies soll vor allem im Hinblick auf die Tatsache geschehen, daß in den letzten Jahren ein ständiger sehr erheblicher Rückgang der Einnahmen der Krantentassen zu verzeichnen ist.

St. Berlin, 21. Febr. Die Reichsregierung wird auch in den nächsten Tagen zahlreiche weitere Maßnahmen erlassen, die gewissermaßen die Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufbau darstellen sollen. Dabei ist in erster Linie die Förderung der **Innenwirtschaft** ins Auge gefaßt. Die neuesten Maßnahmen betreffen fast alle Volksteile u. a. wie der Angriff schreibt, das Handwerk, die Landwirtschaft, die Arbeitnehmer und die Industrie. Einmal wird eine Ausdehnung der **Reparationszuschüsse auf landwirtschaftliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude** ermögen, um auf diese Weise für das Handwerk vermehrte Arbeit zu schaffen. Die **Sentung der Kraftfahrzeugsteuer** um 40 Prozent soll in der Hauptphase der Inbetriebnahme zugute kommen, während aber auch andererseits damit eine soziale Maßnahme zur Durchführung gelangen soll, weil man sich von dieser Sentung eine zahlreiche Wiederanmeldung der Wagen verspricht, durch die Chauffeure, Tankstellenarbeiter und Monteure bei den Reparaturwerkstätten neue Verdienstmöglichkeiten finden können. Außerdem ist im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms, wie bereits bekannt, die Bereitstellung weiterer Mittel zur **Führung der Stadtbrandfiedlung** in Höhe von 40 Millionen Mark in Aussicht genommen worden, die bereits in kürzester Frist verteilt werden sollen. Die **Ernähigung der Krankentassenheingebühre** ist ebenfalls als eine soziale Maßnahme von weittragender Bedeutung anzusehen.

Was die Hilfen für die Landwirtschaft betrifft, so werden auch auf diesem Gebiete zahlreiche weitere Maßnahmen zu erwarten sein, insbesondere der Verwendungszwang für Inlandslieferungen zur Herstellung von Bergbausteuer. Die Bereitstellung besonderer Mittel für den Metallergbergbau in Siegen und im Harz wird auch diesem Industriezweig helfen. Wie andererseits die Bereitstellung von Zuschüssen für die mittelständischen Kreditgenossenschaften dem Mittelstand und insbesondere dem Handwerk zugute kommt.

Das alles sollen, wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, erste Maßnahmen sein, die erst einmal die Sicherstellung der Wirtschaft erreichen sollen, um eine feste Grundlage für den systematischen Wiederaufbau zu schaffen, über dessen Einzelheiten der Reichsstatler dem Vernehmen nach noch vor den Wahlen in größerem Zusammenhange berichten wird.

Erklärung der japanischen Delegation in Genf.

WTB. Genf, 21. Febr. Die japanische Delegation teilt in einer Erklärung mit, daß sie den Bericht des Neunzehnerausschusses nicht annehmen könne.

Die Hauptursache für den Konflikt mit Japan, heißt es in der Begründung, bestehe darin, daß China keine Zentralregierung mit der notwendigen Autorität besitze. Die insbesondere gegen Japan gerichteten provokatorischen Handlungen der nationalistischen Parteien Chinas hätten zu den bedauerlichen Ereignissen vom 18. September 1931 geführt. Es habe nicht in der Absicht der japanischen Regierung gelegen, die Mandschurei aus der Souveränität Chinas zu lösen. Was Japan seit dem 15. 9. 1932 getan habe, sei in dem Vertrag, den es mit dem neuen Mandschurenstaat abgeschlossen habe, begründet und gerechtfertigt. Japan müsse es ablehnen, diesen Vertrag zur Diskussion zu stellen, denn die Anerkennung des Mandschurenstaates sei das einzige Mittel zur Konsolidierung des Friedens und der Sicherheit im Fernen Osten. Jeher sei ein Teil der Mandschurei, Japan habe sich durch einen Vertrag verpflichtet, für die Sicherheit der Grenzen dieses Gebietes zu sorgen. Es könne in dieser Hinsicht nicht tatenlos der neuesten Entwicklung gegenübersehen. Wenn Tschangsujiang seine Streitkräfte ins Innere der Großen Mauer zurückziehe, würden militärische Operationen nicht notwendig sein.

Zu den Vorschlägen des Neunzehnerausschusses im einzelnen bemerkte die japanische Delegation, daß der Bericht keinen wirklichen Plan für die Lösung des Streites enthalte. Der Vorschlag, die Sicherheit in der Mandschurei durch eine Gendarmerie zu

ist der Vorfall ein Beweis dafür, daß es auch in Frankreich zu Krisen anfängt und daß die Wirtschaftsdpression sich von Monat zu Monat schärfer in dem Goldlande bemerkbar macht. Die Wirtschaftskrise ist ja, unbeschadet der Tatsache, daß sie sich in Einzelländern früher und heftiger bemerkbar gemacht hat, eine internationale Erscheinung, die vielleicht durch die Einzelmäßigkeiten der Länder abgeschwächt, aber nur durch ein internationales Zusammenwirken behoben werden kann. Das gilt für Deutschland ebenso wie für die übrigen Länder, die alle ihre Arbeitslosenheere aufzuweisen haben.

gewährleisten, sei absurd. Wenn die Mitglieder des Völkerbundes aufgefordert werden, das gegenwärtige Regierungssystem in der Mandatserei nicht anzuerkennen, und wenn der Bericht weiter die Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes erjude, sich dieser Haltung anzuschließen, so überschreite der Völkerbund seine Vollmacht. Im ganzen genommen ermutige der Bericht die Chinesen, direkte Verhandlungen zur Beilegung des Streites mit Japan abzulehnen.

Die Erklärung der japanischen Delegation schließt mit einem ernststen Appell an den Völkerbund, sich des Ernstes der Lage bewußt zu sein. Die Mitgliedstaaten des Völkerbundes werden aufgefordert, ihre letzte Entscheidung wohl zu überlegen.

RTB. Genf, 21. Febr. Unter großem Andrang des Publikums und der Presse trat heute nachmittag die außerordentliche Völkerversammlung zusammen, an der fast sämtliche dem Völkerbund angehörenden Staaten teilnahmen, um abschließend zu dem japanisch-chinesischen Konflikt Stellung zu nehmen. Die Versammlung befaßte sich darauf, heute ein Exposé ihres Präsidenten über die letzte Entwicklung des Streibverfahrens entgegenzunehmen. Symans schildert die ergebnislosen Bemühungen, durch Verständigung mit den Parteien zu einem Schlichtungsverfahren zu gelangen, und stellte fest, daß die Schlichtungsbemühungen an der unnachgiebigen Haltung Japans gescheitert seien. Heute, nachdem sich der Völkerbund siebenzehn Monate um eine Verständigung bemüht habe, sei die Lage die, daß die drei Ostprovinzen Chinas besetzt seien. Japanische Truppen hätten die Große Mauer überschritten und Schanghai von außen angegriffen. Neue militärische Operationen zur Befreiung der Provinz Jehol seien angekündigt worden. Symans schlug **Vertagung der Verhandlungen bis Freitag**, den 24. Februar, vor, damit die Völkerbundstaaten inzwischen Gelegenheit haben, den der Versammlung vorgelegten Schlußbericht zu prüfen und die Entscheidung vorzubereiten.

Botischer Radoln wieder in Geni.

WIB. Genf, 21. Febr. Botschafter Nabošyn ist heute nachmittag in Begleitung von General Schönheim wieder in Genf eingetroffen. Nach der Ankunft des deutschen Delegationsführers trat die deutsche Delegation zu einer Chiefbesprechung zusammen.

Dieses Mal haben wir nicht die Hochflut von Wahlversammlungen erlebt, wie sie früher üblich waren; und doch trennen uns nur noch anderthalb Wochen vom Wahltag. Der Grund liegt wohl darin, daß die Parteikassen durch die vielen Wahlen des vorigen Jahres erschöpft sind. Auch für die vor-
früher gewohnte großzügige Plakatwerbung ist kein Geld vor-
handen. Trotzdem ist die allgemeine Spannung kaum geringer. Denn jeder Staatsbürger weiß, daß die Wahlen vom 5. März eine ungewöhnlich große Bedeutung haben. Die Erregung zeigt sich in den täglichen Zusammenstößen extremer politischer Gegner, die leider immer neue Opfer an Menschenleben fordern. Aus-
gelöst werden die Zusammenstöße meist durch Versammlungen und Demonstrationen, so daß das Versammlungsrecht teilweise schon eingeschränkt worden ist. Nun hat der Führer der Na-
tionalsozialistischen Reichstagsler Hitler einen Aufruf an die Mit-
glieder seiner Partei erlassen, in dem er sie auffordert, die Wahl-
versammlungen der anderen Parteien zu meiden. Veranlassung zu diesem Aufruf ist wohl die Sprengung der geistigen Zentrums-
versammlung in Krefeld gewesen, in der Stegerwald sprach.
Hitlers Erklärung, daß er selbst Angriffe des Zentrums abwehren
wolle, wenn es nötig sei, ist eine Wendung, der man wohl des-
sondere politische Bedeutung beimessen kann. Auch das Ein-
greifen von Papens in den Krefelder Zwischenfall, den er aus-
drücklich bedauert und für den er eine besondere Untersuchung
zulagt, ist beachtenswert. Unabhängig von dem Krefelder Son-
derschall besteht selbstverständlich Pflicht der Regierung, dafür zu
sorgen, daß die Wahlwerbung, soweit sie sich in den zugelassenen
Grenzen hält, sich ungehindert vom Terror der Strafe entfalten
kann.

In Frankreich ist am Montag ein kurzer Beamtenstreik durchgeführt worden, der sogar auf das nordafrikanische Kolonialland übergriffen hat. Die Arbeitseinstellung war ein Protest gegen den Finanzplan der Regierung, der Gehalts- und Pensionstürzungen der Beamten vorsieht. Dieser Streik sollte nach den Erklärungen der Beamtenverbände eine Demonstration und eine Warnung sein, der nötigenfalls schärfere Maßnahmen folgen. Die ein- bis zweistündige Arbeitsunterbrechung hat jedoch kaum die erhoffte Wirkung gehabt. Angesichts der Tatsache, daß die Öffentlichkeit den Streik ruhig hingenommen und für die Beamten kaum Partei ergriffen hat, hat sich die Regierung jetzt entschlossen, mit Maßregelungen vorzugehen. Was daraus noch entsteht, bleibt abzuwarten. In keinem Falle aber dürften die Beamtenorganisationen die große Öffentlichkeit auf ihrer Seite haben, die von der Regierung darüber aufgeklärt worden ist, daß der öffentliche Haushalt zu stark mit Gehältern und Pensionen belastet ist. Man weiß außerdem, daß die Last, die die Beamtenschaft nun sich abzuwälzen versucht, auf andere Schultern gelegt werden müßte. Daraus folgt, daß der Proteststreik seine Wirkung verfehlt hat und daß kaum schärfere Maßnahmen von den Verbänden ergriffen werden. Immerhin aber

Die Hirtenberger Waffenangelegenheit.

Wien, 21. Febr. Im Hauptauschuß gab Bundeskanzler Dr. Dollfuß eine eingehende Darstellung der Hirtenberger Waffenangelegenheit und teilte den Wortlaut der französisch-englischen Note vom 11. Februar mit, die der bereits bekannten Fassung entspricht. Er wiederholte den Rechtsstandpunkt, daß es sich um eine Verletzung des Friedensvertrages handele. Trotzdem werde die Regierung für Beschleunigung der Reparaturen sorgen. Der Ministerrat habe ihn ermächtigt, die Forderung der französischen und der englischen Regierung abzulehnen.

Eine Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers.

Beim heutigen Diplomateneingang habe der englische Gesandte dem Bundeskanzler Mitteilung von einer heute im englischen Parlament erfolgten Antwort des englischen Außenministers auf eine Anfrage gemacht und bekanntgegeben, daß der Text dieser Interpellationsantwortung auch der französischen Regierung bekanntgegeben werden wird. Der englische Gesandte sprach im Auftrag seiner Regierung im Interesse einer gedeihlichen Erledigung dieser Angelegenheit die Hoffnung aus, daß auch der Bundeskanzler der vorgeschlagenen Lösung zustimme. Danach, so schloß der Bundeskanzler, stehe nur fest, daß der österreichische Rechtsstandpunkt tatsächlich anerkannt werde, daß eidlische Erklärungen nicht mehr in Frage kommen und von der 14tägigen Frist nicht mehr gesprochen werde. Bezüglich der Vorlage der Zolldokumente müßte, wie im internationalen Verkehr üblich, den offiziellen Mitteilungen der Bundesregierung voller Glauben beigegeben werden. Bei dieser Sachlage werde die französisch-englische Note überhaupt nicht beantwortet werden.

Italienische Erklärungen zur Hirtenberg-Affäre in London.

Wien, 21. Febr. Im Unterhaus richtete Landesherr an die Regierung die Anfrage, ob die Hirtenberger Waffenangelegenheit geregelt sei. Der Staatssekretär des Auswärtigen beantwortete die Frage selbst. Er erklärte: Der italienische Botschafter hat mich gestern in dieser Sache aufgeklärt. Er teilte mit, daß die italienische Regierung bereit sei, die zur Wiederinstandsetzung nach Österreich geschickten Waffen wieder inzulassen, sobald die Waffen auftragsgemäß wieder inzulassen seien. Der Botschafter teilte mir weiterhin mit, daß ein Bruchteil der Waffen sogar schon wieder nach Italien geschickt wurde. Wie verlautet, wird zu gegebener Zeit über die Zurücksendung des noch in Hirtenberg verbliebenen Teiles ein Beleg in Gestalt von Ausfuhrbescheinigungen der österreichischen Zollbehörde vorgelegt werden. Angesichts dieser Tatsachen glaubt die englische Regierung sich der Hoffnung hingeben zu können, daß der Fall durch die allgemeine Annahme dieses Vorschlages als geregelt gelten könne.

Deutschland.

Vor einer Staatsratsklage wegen der Auflösung der Provinziallandtage.

Berlin, 21. Febr. Der Verfassungsausschuß des Preussischen Staatsrates beschäftigte sich am Dienstag mit einem gemeinsamen Antrag der Sozialdemokraten und des Zentrums auf Einleitung einer Klage des Staatsrates beim Staatsgerichtshof wegen der Auflösung der Provinziallandtage, der Kommunal-Landtage der Provinzen Grenzmark, Posen-Westpreußen und der Hohenzollernlande sowie der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Es sind dies die Körperschaften, aus denen die Mitglieder des Staatsrates gewählt werden. Der Verfassungsausschuß kam noch nicht zu einem Beschluß und wird seine Beratungen am Donnerstag fortsetzen. Am Donnerstagmittag wird dann das Staatsratsplenum dazu Stellung nehmen. Nach den im Staatsrat bestehenden Mehrheitsverhältnissen ist die Annahme des Antrages gesichert.

Das Staatsratsplenum hielt auch am Dienstagabend schon eine Sitzung ab, in der aber nur kleine Vorlagen erledigt wurden.

Kandidaten des Christl.-soz. Volksdienstes.

Für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost hat die Vertretertagung des Christl.-soz. Volksdienstes die Kandidatenliste für den Reichstagswahltag einstimmig genehmigt, die folgende Spitzenkandidaten aufweist: 1. Stadtmedizinalrat Dr. Schröder, Oberhausen, 2. Schleier Wigger, Essen, 3. Bandwirtler Korte, Wuppertal-Ronsdorf, an 5. Stelle steht Hauswart Schmied, Solingen. — Auf der Kandidatenliste für die preussische Landtagswahl stehen: 1. Stadtmedizinalrat Dr. Schröder, Oberhausen, 2. Stadtschulrat Greif, Wuppertal-Barmen, 3. Studentrat Spieker, Essen, 4. Pastor Dr. Kersch, Remscheid, 5. Lebensmittelhändler Rohde, Solingen.

Begegnung im Provinzialkulturbureau Berlin.

Berlin, 21. Febr. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, fand der Vizepräsident des Provinzialkulturbureaus Berlin, König, sowie die beiden Abteilungsleiter Geheimen Regierungsrat Dr. Israel und Kommerzienrat Dr. Meierow mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden. Mit der Vertagung der beiden Abteilungen wurden der Oberschulrat Dr. Weller und der Regierungsdirektor Dr. Hasenstein beauftragt.

Umorganisation der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln.

Berlin, 21. Febr. Laut Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes hat Reichskommissar Rüst in Würdigung der seit langem gegen Geist und Verfassung der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln erhobenen Beschwerden die Umorganisation der Schule und die Beurlaubung ihres Leiters Dr.

Braun und Papen.

Papen wiederholt seine Ehrenerklärung vom 30. Oktober.

Berlin, 21. Febr. Am Samstagabend, dem 18. Februar, begab sich Ministerialdirektor Dr. Bracht zum Reichskommissar von Papen und trug ihm im Auftrag der preussischen Staatsminister Beispiele der maßlosen Angriffe vor, die in der Wahlpropaganda gegen sie wegen angeblicher mißbräuchlicher Verwendung von Staatsmitteln erhoben würden, und die bis zum Vorwurfe des Diebstahles und der persönlichen Bereicherung gingen. Er machte dem Reichskommissar Mitteilung von der Darstellung der preussischen Staatsminister über die näheren Zusammenhänge und die Verwendung der Mittel sowie über die staatspolitischen Gründe, die bisher die Staatsminister veranlaßt hätten, Einzelheiten nicht öffentlich bekanntzugeben. Er ersuchte um Schutz der Minister gegen die öffentliche Verhöhnung.

Vizekanzler von Papen wiederholte seine am 30. Oktober 1932 dem Ministerpräsidenten gegenüber abgegebene Erklärung, daß die Reichsregierung die persönliche Integrität des preussischen Ministerpräsidenten und seiner Amtskollegen nie angezweifelt habe und daß er den in der Öffentlichkeit beschrittenen Weg persönlicher Ehrentätigkeit bedauere. Er nahm von den weiteren Mitteilungen Kenntnis und verwies im übrigen darauf, daß die Kommissare des Reiches zur Klärung der Angelegenheit des

Karlen angeordnet. Gleichzeitig ist die Entziehung des dem Dr. Karlen an der Universität Berlin erteilten Lehrauftrages für ausländisches Schulwesen in die Wege geleitet worden.

Der neue bayerische Gesandte in Berlin.

München, 21. Febr. Der seit 1. Dezember 1932 vertretungsweise mit der Führung der Geschäfte der bayerischen Gesandtschaft in Berlin beauftragte Ministerialdirektor Franz Sperr wurde zum bayerischen Gesandten in Berlin ernannt und zum ständigen Stellvertreter der bayerischen Regierung im Reichsrat bestellt.

Wahl-Wahlen in Leipzig.

Leipzig, 22. Febr. Das Ergebnis der am Dienstag vorgenommenen Wahl-Wahlen in Leipzig wurde erst am heutigen Morgen bekannt. Bei einer Beteiligung von 69,5 Prozent gegenüber 63,3 Prozent im Vorjahr erhielten die Nationalsozialisten 7 Sitze (im Vorjahr 9), die sozialistische Studentenschaft 1 (1), nationale Korporationen 2 (0), Stahlhelm und Deutschnationale 2 (2), Widerstandsblock 3 (0) Sitze. Es dürfte eine Koalition zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten zustande kommen, die über neun von fünfzehn Sitzen, also über die absolute Mehrheit verfügen würde.

Westdeutscher Rundfunk bringt eine Auflagerendung der Reichsregierung.

Wp. Köln, 21. Febr. Am Mittwoch (22. Februar), von 19,35 bis 20,00 Uhr, übernimmt der Westdeutsche Rundfunk folgende Auflager-Endung der Reichsregierung: Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft von Rohr spricht über die Bauernpolitik der nationalen Regierung. Die für die Zeit von 19,35 bis 20,00 Uhr angelegte Veranstaltung „Die Welt auf der Schallplatte“ von Universitätsprofessor Dr. Julius Lips: Wüste, Tanz und Drama bei den Naturvölkern, fällt aus. Die ersten Abendmeldungen folgen um 20,00 Uhr, die Veranstaltung Karneval um 20,05 Uhr.

Amtliche Unterzeichnung der Kreisleiden Vorgänge.

Mitteilung durch Reichsminister von Papen. Berlin, 22. Febr. (Funkpruch.) Nach Mitteilung aus Kreisen der kommissarischen preussischen Staatsregierung ist eine amtliche Unterzeichnung der Vorfälle bei der gestrigen Stegwald-Berufung in Krefeld eingeleitet worden. Reichskommissar von Papen hat, wie wir weiter hören, seine Mitbilligung über die Vorfälle ausgesprochen.

Beschlagnahme der Zentrumszeitung in Krefeld.

Wp. Krefeld, 22. Febr. (Funkpruch.) Die heutige Morgenausgabe der „Niederrheinischen Volkszeitung“ in Krefeld ist polizeilich beschlagnahmt worden.

Wp. Krefeld, 22. Febr. (Funkpruch.) Zu der bereits gemeldeten Beschlagnahme der heutigen Ausgabe der „Niederrheinischen Volkszeitung“ teilt das Polizeipräsidium mit: Auf Grund des § 7 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Februar 1933 wurde die heutige Ausgabe der „Niederrheinischen Volkszeitung“ polizeilich beschlagnahmt. Anlaß zu dieser Maßnahme gab die Veröffentlichung eines von der Zentrums-Partei Krefeld an den Reichskommissar für das preussische Innenministerium, Reichsminister Göring, gerichteten Telegramms, dessen Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden. — Aus diesem Grunde ist gleichzeitig die heutige Ausgabe des Dortmunder Generalanzeigers, in der dieses Telegramm ebenfalls veröffentlicht ist, im Polizeibezirk Krefeld ebenfalls polizeilich beschlagnahmt worden.

„Eustirischer Volksblatt“ und „Dürener Zeitung“ verboten.

Wp. Koblenz, 21. Febr. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat das „Eustirische Volksblatt“ wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung für die Zeit vom 21. bis 23. Februar und die „Dürener Zeitung“ wegen Verächtlichmachung leitender Beamter für die Zeit vom 22. bis 24. Februar einschließend verboten.

Das Verbot der „Rheinische Zeitung“

als unbegründet aufgehoben. Köln, 22. Febr. (Funkpruch.) Wie die „Rheinische Zeitung“ mitteilt, ist das am 4. Februar gegen sie verhängte

Gutachten der Oberrechnungskammer eingefordert hätten, vor dessen Eingang er im übrigen in der Sache nicht Stellung nehmen und in die Wahlpropaganda eingreifen könne.

Ministerialdirektor Dr. Bracht erklärte, daß die Staatsminister mit der Einforderung des Gutachtens der Oberrechnungskammer durchaus einverstanden seien, aber dagegen Verwahrung einlegten, daß in der Wahlpropaganda das Ergebnis dieses Gutachtens zu ihren Ungunsten vorweg genommen werde.

Im Anschluß an die vorerwähnte Beprechung hat Staatssekretär Dr. Nobis folgendes Schreiben an Ministerialdirektor Dr. Bracht gerichtet:

„Ihrem Wunsch entsprechend bestätige ich, daß nach meiner Überzeugung irgendein Vorwurf gegen die persönliche Integrität der an dem Beschluß vom 6. April v. J. beteiligten Minister völlig ausscheidet; etwas Derartiges kann auch nicht aus der Aufzeichnung vom 30. Juli entnommen werden.“

Ich bestätige Ihnen ferner, daß die Niederschrift über die fragliche Sitzung Anfang September zu den Akten des St. Min. gelangt ist.

Ich stelle Ihnen anheim, von diesem Briefe den Gebrauch zu machen, den Sie für richtig halten.“

Ausdehnung der Bestimmungen über Zwangsbelieferungen in Rußland.

Moskau, 21. Febr. Der Tagung der Kolchos-Bauern ist hier eine große propagandistische Bedeutung beigelegt worden, da man hofft, daß durch sie die Leistungsfähigkeit der Landkollektiven gesteigert würde. In nächster Zeit sollen nun ähnliche Tagungen für bestimmte Gebiete folgen, so ist z. B. eine solche Tagung für das Moskauer Gebiet am 28. Februar vorgezogen. Durch zwei neue Dekrete, die von Molotoff für den Rat der Volkskommissare und von Stalin für das Zentral-Komitee der bolschewistischen Partei unterzeichnet worden sind, wird die Zwangsbelieferung normierter Ertragsmengen, die bereits für Getreide, Milchprodukte und Fleisch vorgeschrieben ist, jetzt auch für Kartoffeln und Sonnenblumenöl eingeführt. Sonnenblumenöl ist ein in Rußland wichtiges Volksnahrungsmittel. Diese Produkte wurden bisher auf Grund von Verträgen geliefert. Die Bedingungen für die Zwangsbelieferung wirtschaften müssen zehn bis fünfzehn Prozent mehr abliefern als die Kollektivwirtschaften. Während für ungenügende Ablieferung die Kollektivwirtschaften mit Geldstrafen und mit erhöhten Aufbringungen bestraft werden, werden die Einzelbauern für ein derartiges Vergehen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

dreitägige Verbot vom Reichsgericht als unbegründet aufgehoben worden.

Teilweise Aufhebung des Verbotes kommunistischer Versammlungen in Rheinland.

Wp. Köln, 22. Febr. (Funkpruch.) Der Regierungspräsident hat das Verbot öffentlicher Versammlungen der kommunistischen Partei und ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen aufgehoben, soweit Versammlungen in geschlossenen Räumen in Frage kommen. Das Verbot von Versammlungen und Auszügen unter freiem Himmel bleibt bis auf weiteres bestehen.

„Badischer Beobachter“ soll verboten werden.

Baden ruft das Reichsgericht an.

Karlsruhe, 21. Febr. Wie wir erfahren, hat der Reichsminister des Innern an das badische Ministerium des Innern das Ersuchen gerichtet, die in Karlsruhe erscheinende Zeitung „Badischer Beobachter“ wegen eines in der Nummer 47 dieses Blattes vom 16. Februar erschienenen Artikels über die Stuttgarter Rundfunkrede des Reichsministers auf die Dauer von acht Tagen zu verbieten. Das badische Innenministerium hat dem Ersuchen nicht entsprochen und die Entscheidung des Reichsgerichtes angeregt.

Sondervollmacht für Roosevelt.

Washington, 21. Febr. (Funkpruch.) Der Kongreß beschloß heute nach langen Besprechungen zwischen Vertretern beider Häuser, dem künftigen Präsidenten Roosevelt quasi diplomatische Vollmachten zur Festsetzung des Budgets und zur Reorganisation der Bundesverwaltung zu erteilen.

Roosevelts zukünftige Mitarbeiter.

Washington, 21. Febr. Es gilt als sicher, daß der gegenwärtige Senator von Tennessee Cordell Hull dem Kabinett, das der zukünftige Präsident Roosevelt zu bilden beabsichtigt, als Außenminister angehören wird. Der demokratische Senator von Massachusetts Davis I. Walsh wird dem Kabinett als Justizminister angehören. Der Sekretär der demokratischen Partei Farley ist zum Postminister aussersehen. Weitere Ernennungen stehen noch nicht fest, doch hat Senator Carter Glas bereits erklärt, daß er die Übernahme des Finanzportefeuilles ablehne.

Beipiao von den Japanern genommen.

Tokio, 21. Febr. Die japanischen Truppen haben Beipiao in der Provinz Jehol genommen.

Nofretete II.

Kairo übertrumpft Berlin.

Nun hat Kairo seine große archäologische Sensation. Die ägyptische Hauptstadt kann sogar stolz darauf sein, Berlin übertrumpft zu haben. Bekanntlich besitzt das Berliner Alte Museum eine farbige Büste der ägyptischen Königin Nofretete, die bis jetzt in der ganzen Welt als kostbarstes altertümliches Unikum galt. Leider weist die Berliner Nofretete-Büste einen Schönheitsfehler auf. Sie ist einäugig. Der altägyptische Künstler, der vor einigen Jahrtausenden dieses herrliche Königin-Haupt modelliert hatte, setzte in die Augenhöhle der Büste naturgetreu gefärbte Glasugeln ein. Als das Kunstwerk nach der 33 Jahrhunderte langen Verschollenheit 1912 bei den Ausgrabungen in Tel-el-Amarna aus dem Wüstenland ans Tageslicht gebracht wurde, stellten die von der Schönheit der Büste begeisterten Archäologen fest, daß das linke Auge der Statuette verloren gegangen war. Der Zweifel, der unter den ägyptischen Patrioten und Kunstfreunden anlässlich des Fundes einer zweiten Nofretete-Büste herrschte, ist umso größer, als sie, ohne dem Berliner Exemplar an Modellierungskunst nachzustehen, im Besitz beider Augen ist.

Die Nofretete-Büste des Alten Museums in Berlin gehört zu den vielen Gegenständen der alt-ägyptischen Sammlung, auf die das Museum mit Recht stolz ist. Die alt-ägyptische Abteilung des Museums besitzt u. a. zahlreiche prächtige Kunstwerke aus dem 18. ägyptischen Dynastie, jener Periode des alten Pharaonen-Reiches, die durch die sogenannte religiöse Revolution des Pharaos Amen-Hotep in Leben gekennzeichnet war und durch die Ausgrabungen in Tel-el-Amarna aus dem Schutt der grauen Vergangenheit zu neuem Glanz erwachen konnte.

Königin Nofretete und ihr Gemahl, der Pharaos Amen-Hotep, waren die Schwiegereltern des durch die vor einigen Jahren erfolgte Entdeckung seines Sarkophags berühmt gewordenen Tut-ant-Amen. Ja, manche Geschichtsforscher behaupten sogar, daß Amen-Hotep gleichzeitig der Vater und der Schwiegervater Tut-ant-Amens war. Im alten Ägypten war es nämlich Brauch, unter den königlichen Prinzen und Prinzessinnen blutsverwandte Ehen zu schließen. Auch in diesem Fall soll die älteste der sechs Töchter der Königin Nofretete den Sohn ihres königlichen Gemahls Amen-Hotep aus dessen Verbindung mit einer Konkubine geheiratet haben, der nach dem Ableben seines Vaters im Alter von dreizehn Jahren unter dem Namen Tut-ant-Amen den Thron bestieg.

Bei den Ausgrabungen in Tel-el-Amarna konnte eine Anzahl von Büsten der Königin Nofretete, das Pharaos Amen-Hotep und ihrer sechs Töchter entdeckt werden. Alle diese Statuetten waren teilweise beschädigt, teilweise minderwertig. Keine konnte sich mit der Nofretete im Berliner Museum an Schönheit der Gesichtszüge und an Farbenfrische messen. Es ist verständlich, daß die Direktion des National-Museums in Kairo die größten Anstrengungen macht, um die Nofretete-Büste aus Berlin zurückzubekommen. Vor einigen Jahren, als König Fuad von Ägypten in der Reichshauptstadt zu Besuch weilte, gab er den Reichsbesörden zu verstehen, daß die Auslieferung der Nofretete für ihn persönlich und für sein Land eine große Freude und Genugtuung bedeuten würde. Der Reichskunstwart und die Direktoren des Alten Museums äußerten lebhaften Bedenken. Sie verwiesen darauf, daß die schöne Königin aus dem Jahre 1370 v. Chr. bei allen Kunstfreunden im Reich so sehr beliebt sei, daß ihre Rückgabe an Ägypten auf allgemeine Indignation stoßen würde.

Nach einiger Zeit tauchte ein neues Projekt auf. Die Leitung des Kairo-Museums schlug dem Alten Museum in Berlin vor,

für die Nofretete-Büste zwei der wertvollsten alt-ägyptischen Pharaonen-Statuen zu geben, um auf diese Weise das deutsche Publikum mit dem Verlust der Nofretete zu versöhnen. Auch dieser Austauschplan kam nicht zustande, weil die deutsche Öffentlichkeit sich dagegen ganz energig aufstellte.

Jetzt kann das Kairo-Museum von Glück sagen. Es besitzt eine eigene Nofretete, sogar eine zweiaugige. König Fuad, seine Würdenträger und die Museumsdirektoren von Kairo sind nunmehr in der Lage, an das weltberühmte Berliner Kunstwerk ruhig zu denken, ohne daß ihnen dabei vor Reiz und Gram die Augen übergehen.

Kommt die Theatergemeinschaft Essen-Duisburg? In der Sitzung des Essener Finanzausschusses am Montag wurde erneut die Frage der Theatergemeinschaft der Städte Essen und Duisburg-Hamborn zur Erörterung gestellt. Entsprechend der jetzigen Rechtslage konnte der Ausschuss nur seine Auffassung zum Ausdruck bringen, die aber bekanntlich die Verwaltung nicht bindet. Das Hauptinteresse der Besprechung war die Annahme einer Empfehlung an die Stadtverwaltung, zur Erhaltung der beiden Bühnen in Essen und zum Zwecke der Ermöglichung des Hauswirtschaftsausschusses für die beiden Bühnen mit der Stadt Duisburg-Hamborn einen Theatergemeinschaftsvertrag einzugehen. Der Finanzausschuss billigte weiter mit elf gegen vier Stimmen das Vergehen der Stadtverwaltung, diesen Vertrag, beginnend mit der Spielzeit 1933/34, auch für die Spielzeit 1934/35 abzuschließen. — Die Stadtverwaltung beabsichtigt, nunmehr dem Bezirksausschuß in Düsseldorf als Ergänzungsbuchende einen entsprechenden Antrag zur Beschlußfassung vorzulegen.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Wahlvorschläge des Kreises Düsseldorf-Ost.

Der Wahlkreisausschuss hat nach Prüfung der eingegangenen Wahlvorschläge für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost folgende Liste festgesetzt: Reichstag und Landtag: 1. Nationalsozialisten, 2. Sozialdemokraten, 3. Kommunisten, 4. Zentrum, 5. Kampffront Schwarz-weiß-rot, 6. Deutsche Volkspartei, 7. Christlich-Sozialer Volksdienst, 8. Staatspartei, 9. Deutscher Bauernbund, 10. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern (letztere jedoch nur für die Preußenwahlen).

Vereinigung der Solinger Betriebs- und Innungskrankenkassen.

Die Vereinigung der Solinger Betriebs- und Innungskrankenkassen und der Brüder Kranken- und Sterbekasse hielt am Montag ihre ordentliche Hauptversammlung ab, an der als Gast der Leiter des Solinger Versicherungsamtes Stadinspektor Schumacher teilnahm.

In seinem Geschäftsbericht ging Syndikus Dr. Großmann u. a. ein auf den Abschluß des Gesamtvertrages mit der tarifärztlichen Vereinigung im Solinger Ärzteverein und auf die Verhandlungen über die Krankenhauspflanzung. Weiter teilte er mit, daß der Mitgliederbestand der von der Vereinigung erfaßten Kassen im vergangenen Jahr um 17,4 Prozent gestiegen sei. Der Krankenstand betrug im Durchschnitt sämtlicher Kassen 2,05 Prozent gegen 2,97 Prozent im Jahre 1931, war also im letzten Jahr gegenüber dem Vorjahre 32 Prozent günstiger. Bei den Kassen der Vereinigung stellt sich der rechnerische Durchschnittsbeitrag auf 4,02 Prozent gegenüber durchschnittlich 5,3 Prozent bei den Solinger Ortskrankenkassen.

Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender der Vereinigung ist Prof. Dr. Bracht, der Leiter der Betriebskrankenkasse der Firma Kronprinz A.-G. in Ohligs.

„Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes.“

Man schreibt uns: „Die ungeheure Not der Zeit, die besonders den Mittelständler trifft und ihn um sein Hab und Gut bringt, erfordert neue Abwehrmaßnahmen. Es ist höchste Zeit, daß die jetzigen Belastungen gemildert werden, daß der Kollektivismus beseitigt wird und störende Eingriffe des Staates in das Erwerbsleben aufhören.“

Die kommende Zeit des Wiederaufbaues muß wieder stehen im Zeichen der Initiative des Einzelnen, und jeder Einzelne wieder muß diese Initiative um seines eigenen Ruhmes willen in den Dienst des Volkes stellen. Wir wollen aus dem Elend der letzten Jahre aus eigener Kraft wieder hinauf zur Höhe, zu einem lebenswerten Dasein. Ein solcher Aufstieg erfordert die Mitarbeit des gesamten Volkes und jedes Einzelnen.

Es wird sich daher heute jeder in das Gemeinschaftsbewusstsein hineinleben müssen, damit es ihm selbst nacher aufgehen kann. Darüber hinaus ist es notwendig, in die bestehenden Einrichtungen und Organisationen einen neuen Geist hineinzubringen und den unbestechlichen Geist des preußischen Beamtenums, der nicht mehr in dem Maße vorhanden ist, wie wir ihn gebrauchen, wieder zur Geltung zu bringen.

Um diese Umformung und die innere Wandlung der alten Organe, berufständischen Einrichtungen, Innungen usw. vorzubereiten und gefund durchzuführen, hat der jetzige Führer der Reichsregierung den „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes“ ins Leben gerufen. In den nächsten Tagen wird dieser Bund in einer Reihe von Versammlungen sein Gedankengut und seine Ziele klarlegen, die eine Grundlage für die zu erwartenden Regierungenmaßnahmen auf dem Gebiet der Mittelstandspolitik sind und daher den Mittelständler ganz besonders interessieren dürfte.

Frühjahrsstenographen- und Maschinenschreiberprüfung.

Die Solinger Industrie- und Handelskammer beabsichtigt, in diesem Frühjahr bei ausreichender Beteiligung wieder eine Stenographen- und Maschinenschreiberprüfung in Solingen, Burgscheid und Leverkusen abzuhalten. An der Prüfung können über 16 Jahre alte, im Kammerbezirk Wohnende oder Beschäftigte teilnehmen. Meldungen sind bis zum 6. März auf besonderem Anmeldebogen bei der Industrie- und Handelskammer einzureichen. Dort ist auch die Prüfungsordnung erhältlich. Außer der Hauptprüfung in Stenographie mit mindestens 150 Silben Geschwindigkeit in der Minute ist auch eine Vorprüfung mit 120 Silben in der Minute vorgesehen. Über das Bestehen dieser Vorprüfung wird lediglich eine Bescheinigung ausgestellt, über das Bestehen der Hauptprüfung dagegen ein Zeugnis. Nähere Auskunft erteilt die Solinger Industrie- und Handelskammer.

„Daseinsrecht und Lebenswille der örtlichen Selbstverwaltung“

Der Reichsinnenminister über Kommunalfragen.

Tagung des Reichsstädtebundes.

Aus Berlin meldet uns ein Funkpruch: Der Gesamtvorstand und der Hauptausschuss des Reichsstädtebundes trafen heute in Berlin zu einer Tagung zusammen. Reichsinnenminister Dr. Fritsch begrüßte die Tagung namens der Reichsregierung und im Auftrage des Reichstanzlers, sowie der kommissarischen preussischen Staatsregierung. An die Spitze ihrer Tagesordnung, so führte der Minister u. a. aus, haben Sie mit Recht das Thema „Daseinsrecht und Lebenswille der örtlichen Selbstverwaltung“ gestellt. Mit warmem Herzen bejahe ich dieses Daseinsrecht und freue mich des Lebenswillens der örtlichen Selbstverwaltung. Die mittleren und kleineren Städte, in denen das Wesen der Selbstverwaltung reiner als in den Großstädten erhalten ist, werden der Regierung nicht weniger am Herzen liegen als die Großstädte. Nur auf der Grundlage gesunder Gemeindefinanzen kann eine ordnungsmäßige Verwaltung in den Ländern wie im Reich aufbauen. Die Hauptlast sind heute die Leistungen für die Arbeitslosenfürsorge, deren gesamte Aufwendungen auf den Schultern der Gemeinden liegen. Auch künftig werden die öffentlichen Körperschaften es als ihre Hauptaufgabe anerkennen müssen, die Ernährung der arbeitlosen Volksgenossen sicher zu stellen. Deshalb können auch die Gemeinden in absehbarer Zeit von dieser Last nicht befreit werden. Jetzt ist es aber an der Zeit, daß Reich, Länder und Gemeinden die Frage in Angriff nehmen, wie gerade auch im Interesse der Arbeitslosen

Kommunalpolitisches aus Solingen.

Zur Stadtverordnetenwahl. Deutschnationale gehen allein.

Die von uns gestern angekündigte parteiamtliche Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei, in der, wie wir bereits mitteilten, die Gründe für das Scheitern der Verhandlungen wegen des Zusammengehens dieser Partei mit anderen Parteien und Gruppen angegeben werden, ist inzwischen den Beteiligten ausgegangen und auch uns zur Veröffentlichung übergeben worden. Die Erklärung, die sich mit dem deckt, was wir gestern darüber sagten, hat folgenden Wortlaut:

„In den zahlreichen Verhandlungen der letzten Tage über die Bildung eines nationalen Bürgerbunds für die Solinger Kommunalwahlen hat es sich herausgestellt, daß es unmöglich ist, alle regionalen, berufständischen, politischen und persönlichen Wünsche der beteiligten Parteien und Gruppen zu berücksichtigen. Wir sehen daher weitere Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen mit anderen Parteien und Gruppen als aussichtslos an.“

Nach dieser Erklärung kommt — was uns zudem ausdrücklich noch bestätigt wird — auch kein Wahlbündnis mit dem Stahlhelm etwa nach dem Vorgehen bei den Reichs- und Preußenwahlen in Frage.

Die DNVP Solingen stellt also für die Kommunalwahlen eine eigene Liste auf. Sie beginnt mit den folgenden vier Namen:

1. Dr. Wilh. Vermeulen, Geschäftsführer des Handwerksamtes, Solingen;
2. C. W. Hammesfahr, Landwirt, Solingen-Spielbruch;
3. Dr. Koller, Sanitätsrat, Solingen-Wever;
4. Martin Stolzmann, Fabrikant, Solingen.

Von den Genannten gehörten die ersten Drei dem jetzt aufgelösten Kollegium an. Fabrikant Stolzmann war Mitglied der Stadtverordnetenversammlung nach dem Kriege bis zum Mai 1924.

Die vollständige Liste können wir wahrscheinlich morgen bekanntgeben, nachdem noch von zwei Kandidaten die persönliche Zustimmung vorliegt.

Christl.-sozialer Volksdienst, Volksrechtspartei und DP.

haben, wie wir hören, heute noch Verhandlungen über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Liste. Nach dem derzeitigen Stand der Berechnungen scheint Aussicht für ein Zusammengehen zu bestehen. Ob die Lage sich bis morgen wieder geändert hat, kann selbstverständlich niemand sagen. Eine Fühlungnahme mit weiteren Parteien und Gruppen ist von den oben genannten Verhandlungspartnern nicht beabsichtigt.

Streupflicht bei Glätte!

Nach § 28 der Straßenpolizeiverordnung vom 31. 7. 1930 sind auf rechtlich öffentlichen Straßen die Bürgermeister und Straßenrinnen durch die Verpflichteten — das sind in der Regel die Parterrebesitzer — von Eis und Schnee unverzüglich freizuhalten, sowie die Bürgermeister oder Fuhrleute bei Glätte infolge von Schneefall und Eisbildung mit Sand, Asche oder anderem abstumpfenden Material zu bestreuen. Salze oder Salzmischungen dürfen dabei jedoch nicht verwendet werden. Hierdurch würde nicht nur das Schuhwerk der Wegbenutzer stark angegriffen werden, sondern auch die Bierkühler würden die Laufballen unter ihren Füßen bald wund gelaufen haben.

Zur Vermeidung von Unfällen wird auf die obige Vorschrift nochmals besonders hingewiesen. Durch ihre genaue Befolgung werden die Verpflichteten der Allgemeinheit nicht nur einen erheblichen Dienst erweisen, sondern auch sich selbst vor Strafen und vor Schadenersatzansprüchen schützen.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß wegen der zahlreichen Rodelunfälle in den letzten Jahren in diesem Winter keine öffentlichen Wege für den Rodelsport freigegeben werden. Die hiesigen Straßen sind wegen des darüberhergehenden öffentlichen Verkehrs für einen solchen Sport ungeeignet.

Die Geschäftslage der städt. Werke.

Ermäßigung der Gaspreise für Gewerbebetriebe. — Vereinsschaltung der Wasserversorgung im Stadtbezirk Wald.

In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrates der städtischen Werke erstattete die Geschäftsführung einen eingehenden Bericht über die Lage des Unternehmens.

Mehrere von der Geschäftsleitung vorgeschlagene Tarifierungen fanden die Zustimmung des Aufsichtsrates.

Für Bäder, Konditoren, Metzger und Hotelkochen, die sich ganz auf Gas umstellen, soll der Gaspreis betragen: für die ersten 500 Kubikmeter 8 Pf., für weitere 1000 Kubikmeter 7 Pf., darüber hinaus 6 Pf. Der Tarif für das Heizgas wird in Zukunft je nach Höhe des Verbrauchs zwischen 7,5 und 5 Pf. liegen.

Durch eine Verbindung des Wasserrohrnetzes von Alt-Solingen und Wald zwischen der Donaustraße und dem Walder Wasserturm würde sich die Wasserversorgung eines Teiles von Wald aus der Talperre Gläuber ermöglichen lassen. Daraus sind Ersparnisse in Höhe von jährlich rund 22 000 RM. zu erzielen. Die Kosten für den Rohranschluß in Höhe von 15 000 Reichsmark wurden bewilligt.

Die Reparaturwerkstätte für Gas- und Wassermesser, die Prüfungsstation, die Lackiererei und das Lager der Werke sind gemeinsam in einem Raum von 9 mal 3 Meter untergebracht. Da eine ordnungsmäßige Erledigung der Arbeiten nicht möglich ist, wurde vorgeschlagen, das frühere Retortenhaus umzubauen. Der Aufsichtsrat erklärte sich hierzu einverstanden. Die Kosten betragen 10 000 Reichsmark.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde ferner beschlossen, der Groß-Solinger Nothilfe einen Betrag von 10 000 Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Brißch außerhalb der SPD.

In der Versammlung des Ortsvereins Solingen der Sozialdemokratischen Partei, in der, wie gestern gemeldet, die Stadtverordneten kandidaten aufgestellt wurden, sprach Gewerkschaftssekretär Richter auch zum „Fall Brißch“ und zu dem Schiedsgerichtsverfahren, das bekanntlich damit endete, daß der Antrag des Ortsvereins auf Ausschluß des Bürgermeisters Brißch aus der SPD. abgelehnt wurde.

Der Ortsverein nahm dazu einstimmig folgende Stellung ein: Die SPD. Groß-Solingen erklärt sich mit dem Schiedsgerichtsbescheid nicht einverstanden. Sie betrachtet den Bürgermeister Brißch als außerhalb der Partei stehend. Die Versammlung gibt der örtlichen Parteileitung Vollmacht, von ihrem Einspruchsrecht gegen das Urteil des Schiedsgerichts beim Parteivorstand Gebrauch zu machen.

500 Mark Belohnung.

In letzter Zeit wurde ein Flugblatt mit der Überschrift: „Sparer, euer Geld ist in Gefahr!“, verteilt, das geeignet ist, große Unruhe unter die Sparer der Stadt-Sparkasse Solingen zu bringen.

In dem Flugblatt werden die Sparer aufgefordert, ihre Ersparnisse bei der Sparkasse abzuheben, weil die Stadt Solingen riesige Kredite von der Sparkasse habe und nicht in der Lage sei, die Zinsen zu bezahlen.

Die Stadt Solingen hat für die Ermittlung der Täter, die das Flugblatt hergestellt oder verbreitet haben, eine Belohnung von 500 Reichsmark ausgesetzt. Die Verteilung erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges.

Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Weststraße 30.

Aus dem Solinger Bezirk

Vor dem Solinger Einzelrichter.

Ein Privatkrieg mit der Schulverwaltung. Einen Einspruch gegen ein ganzes Schol von Strafvorfällen wegen Schulverweigerung seiner Kinder brachte ein Familienvater aus Solingen vor den Solinger Einzelrichter. Der Angeklagte schilderte seine Verhältnisse wie folgt: Ich bin seit drei Jahren erwerbslos und habe kaum das Nötigste zum Leben, von der Kleidung gar nicht zu reden. Meine beiden Kinder gehen in die weltliche Schule. Nach der Vertastung der August-Diö-Schule wurde die weltliche Schule in die Burgstraße verlegt, ohne sich erst mit den Elternberatern ins Benehmen zu setzen. Nun haben meine Kinder, denen ich das Schulwerk nicht zu beschaffen weiß, jeden Tag einen Weg von einer halben Stunde zu machen, während die Schule Meigen, wo ich dieselben immer hingeführt habe, nur zehn Minuten entfernt liegt. Daß die Lehrer dieser Schule meine Kinder jeden Tag nach Hause geschickt haben, weil sie nicht zum System gehören, ist nicht meine Schuld. Selbst persönliche Verhandlungen mit dem Dezernenten, Bürgermeister Seignie, blieben erfolglos, da der Dezernent erklärte, die Angelegenheit einmal gerichtlich ausfechten zu wollen.“ Zu einer gerichtlichen Entscheidung kam es aber nicht; auf Antrag des Verteidigers wurde das Verfahren wegen wirtschaftlicher Notlage und auch aus wirtschaftspolitischen Gründen begangen, auf Grund des Gesetzes über Strafrecht eingestellt.

Am 20. Reichsmark sechs Monate Gefängnis. Der nächste Angeklagte, der sich wegen Betruges zu verantworten hatte, ist den Gerichten kein Unbekannter. Im April vorigen Jahres war er wieder einmal um Ware verlegen, die er nötig zur Aufrechterhaltung seines Betriebes gebrauchte und die dem Verbeten leicht ausgelegt ist. Seine Kreditfähigkeit gestattete der Liefer-

Um die Beilegung des Messerschleiferstreiks.

Wir berichteten gestern, es bestehe eine gewisse Aussicht dafür, daß in den nächsten Tagen eine Aussprache zwischen Arbeitgeberverband und den in Frage kommenden Arbeitnehmerorganisationen über die Voraussetzungen für die Beilegung des Messerschleiferstreiks stattfinden werde. Wie wir erfahren, ist als Tag einer solchen ersten Aussprache der Dienstag nächster Woche (23. Februar) festgelegt.

Die Teilung der Sommerferien.

Zum ablehnenden Bescheid des Oberpräsidenten.

Vor einiger Zeit wurde im „Solinger Stadtanzeiger“ des Solinger Tageblattes von einer Eingabe der Elternbeiräte der höheren Schulen des Bergischen Landes an den Oberpräsidenten berichtet, in welcher der Antrag gestellt war, die Sommerferien zu teilen. Diese Eingabe war von fast allen Elternbeiräten gutgeheißen worden. Aber trotzdem wurde sie vom Oberpräsidenten abschlägig beschieden. Der Oberpräsident begründete seine Ablehnung in erster Linie damit, daß aus dem wirtschaftlichen Interesse der Badeorte und Sommerfrischen heraus eine größere Angleichung der Lage der Ferien in den westlichen Provinzen an die der östlichen nicht wünschenswert sei.

Die Antragsteller werden sich mit dieser abschlägigen Antwort nicht zufrieden geben können. Gewiß hat die höhere Schule zurzeit größere Sorgen als die Lage der Ferien, und auch die Allgemeinheit hat jetzt in diesen Zeiten der Wahlen und der politischen Umstellung, schwererwiegende Fragen zu regeln als diese. Aber es ist nun einmal so, daß neben den weltanschaulichen großen Fragen das tägliche Leben mit seinen kleineren Sorgen weitergeht. Man darf diesem die Fürsorge nicht entziehen, auch wenn man noch anderes zu denken hat.

Es erscheint deshalb als durchaus angebracht, diese Angelegenheit mit dem ablehnenden Bescheid nicht erledigt sein zu lassen. Denn der Grund für die Ablehnung ist ja doch wahrhaftig nicht stichhaltig. Wie wenige Eltern sind es noch, die mit ihren Kindern die ganzen Ferien in der Sommerfrische zubringen können! Das sind ja nur noch ganz wenige Prozent der Gesamtzahl, und diese allein sollen doch für eine Angelegenheit der Gesamtheit nicht maßgebend sein. Zunächst würde es ja überhaupt in den nächsten Jahren den Sommerfrischen ein Leichtes sein, alle Besucher unterzubringen, auch wenn die Ferien überall dieselbe Lage hätten. Aber das kommt bei dem Antrag der Elternbeiräte gar nicht einmal in Frage, denn beantragt ist in Wirklichkeit, daß nur für den Bezirk des Bergischen Landes die Ferien geteilt werden sollen.

Wohin fährt das Bergische Land in den Ferien?

Sicherlich fahren von den Eltern, die Kinder in den Schulen haben und die sich noch eine Sommerreise leisten können, 90 Prozent ins Bergische, ins Sauerland oder höchstens in die Eifel. Diese Gebiete werden aber fast ausschließlich von Bewohnern der Provinz Westfalen und des Rheinlandes aufgesucht. In ihnen herrscht im August Fülle, während es im Juli noch leer ist. Wenn dem Antrag der Elternbeiräte stattgegeben wäre, würde ein Teil der Besucher diesen Sommerfrischengebietern seinen Besuch schon im Juli abtun können, und damit wäre diesen Sommerfrischen weit mehr geholfen als geschadet.

Die Antwort des Oberpräsidenten verkennt diese Sachlage vollständig. Sie tut so, als wenn eine Veränderung der Ferienordnung für die ganzen westlichen Provinzen beantragt wäre. Die Elternbeiräte wollten aber gar keinen Einfluß auf die Lage der Ferien im ganzen Reich haben, sondern nur, daß die Ferien in der Provinz Westfalen und im Sauerland, die die Regelung dieser Frage große Schwierigkeiten bietet, sondern sie haben sich im vollen Bewußtsein auf den kleinen Bezirk des Bergischen Landes beschränkt. Sie haben diesen Bezirk so ausgewählt, daß er eine wirtschaftliche Einheit bildet und daß ein Unterschied in der Lage der Ferien gegenüber der in den übrigen Teilen der Provinz nicht wirtschaftlich tören würde. Es ist mit aller Sorgfalt davon abgesehen, Orte in diesen Kreis hineinzubeziehen, die mit ihren wirtschaftlichen Beziehungen enger an die Städte Köln, Düsseldorf und Essen geknüpft sind, damit nicht durch derartige wirtschaftliche Zusammenhänge eine Trennung in der Lage der Ferien als unmöglich erscheinen könnte. Wenn nun aber einmal ein solcher Bezirk wie hier das Bergische Land gern eine andere Ferienlage haben will und

wenn wirklich keine pädagogischen Gründe oder solche verwaltungsmäßiger Art von wesentlichem Gewicht dem entgegenstehen, so sollte man einem solchen Gebiet doch wirklich diesen Gefallen tun und ihm verlässlich sein — so war es nur beantragt — einmal die gewünschte Lage der Ferien gewähren. Wenn sich dann dieser Versuch nicht bewährt, dann kann man es bei dem einen Male belassen und braucht ihn nicht zu wiederholen oder zu einer Dauereinrichtung zu machen.

Bewährt er sich aber, nun, dann ist vielleicht dieser Schritt ein Schritt zum Wege einer vernünftigen Regelung in ganz Preußen, bzw. in ganz Deutschland.

Wie ist es jetzt?

Jetzt ist es so, daß Ende Juli, wenn unsere Ferien beginnen, fast sämtliche anderen Teile Deutschlands bereits Ferien haben und dieselben noch nicht abgeschlossen haben. Bis etwa zum 5. August v. J. waren sehr viele preußische Provinzen und fast alle süddeutschen Staaten, auch eine Reihe norddeutscher, noch in den Ferien. Was der Oberpräsident mit der Ablehnung des An-

trages vermeiden wollte, nämlich eine Überfüllung der Sommerfrischen zu bestimmten Zeiten, ist bereits längst durch die Ferienpolitik von Berlin und von den anderen Staaten eingetreten, nämlich eine Überfüllung Mitte Juli bis Mitte August. Daran würde nichts geändert, wenn nun auch noch das Bergische Land hinzukäme. Früher war es einmal anders, da hatten die Ferien der östlichen preußischen Provinzen und der meisten anderen norddeutschen Staaten am 1. August aufgehört. Aber allmählich mit der Verlängerung der Ferienzeit haben diese Staaten ihre Ferien in den August hineingeschieben, während die süddeutschen Staaten sie in den Juli vorgezogen haben und zumeist Mitte Juli beginnen lassen.

Diese Vagenverschiebung hat ihre Gründe.

Der Juli ist ja nun doch einmal die allerhöchste Zeit für die Erholung. Die Sonne steht hoch am Himmel, die Tage sind lang, und Wald und Feld stehen noch frisch und grün in schönster Pracht. Es ist kein Wunder, daß diese Zeit die begehrteste ist, um sich in der Natur zu tummeln, denn tatsächlich ermöglicht sie Erwachsenen und Heranwachsenden die beste Ausspannung. In dieser Zeit müssen unsere Kinder in der Schule sitzen, und am Nachmittag müssen sie Schularbeiten anfertigen. Die Arbeitsleistung, die in diesem Monat in der höheren Schule geleistet wird, läßt sich nach dem übereinstimmenden Urteil der Schulmänner und nach den Beobachtungen der Eltern nur als sehr gering bezeichnen. Wenn dann von den Ferien unserer Kinder die ersten beiden Wochen verstrichen sind, beginnen die Tage merklich kürzer und die Abende länger zu werden, die Felder werden abgeerntet, und bald beginnt dann auch der Herbst. Von dem schönsten Teil des Jahres hat unsere Jugend herzlich wenig gehabt.

Es ist nicht zu verstehen, daß der Oberpräsident nicht alles tut, um die Erholungszeit der Schüler der Provinz in die Zeit zu legen, in der sie am fruchtbarsten ist.

Wenn das nicht für die ganze Provinz sein kann, so könnte es doch wenigstens für die Teile ermöglicht werden, von denen die Eltern kommen und sich bereit erklären, die damit verbundenen Lasten und Unbequemlichkeiten, die man ihrem Antrag entgegenhält, auf sich zu nehmen. Der Oberpräsident sollte nicht nein sagen, wenn von der Eltern einmütig, wie es hier der Fall ist, eine Verlegung gewünscht wird.

Bisher haben wir nur einen der Gesichtspunkte betrachtet, die für eine Verlegung sprechen. Ein zweiter ist

Die lange Dauer des Herbstferiats.

In diesem Schuljahre mußten unsere Kinder vom 6. September bis zum 23. Dezember ohne Pause in der Schule sitzen. Kinder sind nicht so ausdauernd wie Erwachsene. Darauf muß jeder Schulmann Rücksicht nehmen; und wenn das nicht geschieht, rächt sich das Verhängnis. Wir Eltern beobachten, wie die Kinder mit Beginn des Herbstes die Lust zur Schule verlieren, wie sie richtig schlapp machen. Wenn wir uns mit Lehrern darüber aussprechen, so hören wir, daß die Schule diese Beobachtung ganz allgemein macht und weiß, daß sie darauf Rücksicht nehmen muß. Bei der jetzigen Lage der Ferien muß deshalb auch der Dezember als ein weiterer Monat hinzugenommen werden, in welchem die Arbeit der Schule wenig Ertrag bringt. Im letzten Teiljahr, von Weihnachten bis Ostern, müssen die Kinder dann dafür büßen, wenn nun mit Gewalt erzielt werden soll, was zur Verlegung notwendig ist.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die einzige vernünftige Ferienordnung bleibt die, daß der Hauptteil der Ferien in die Zeit gelegt wird, in welchem der Sommer am höchsten steht, nämlich in den Juli, und wenn er etwas in den August hineintrifft, so ist das nichts. Dann muß nachher die lange Zeit bis Weihnachten durch eine Erholungsphase von wenigstens 10 Tagen unterbrochen werden, und diese muß zu einer Zeit liegen, in welcher sie den Kindern noch die Möglichkeit gibt, sich im Freien zu erholen. Diese Zeit ist Mitte Oktober bis in unsern Klima für uns vorbei. Die Ferien, die später liegen, sind bei weitem nicht so ergiebig wie die anderen. Andere Provinzen haben das schon längst eingesehen und danach gehandelt. Nur wir im Westen, die wir doch sonst nicht am letzten Platz in Deutschland marschieren, haben noch nicht verstanden, die Konsequenzen aus den Notwendigkeiten zu ziehen. Die Rücksicht auf die Kinder und die Internate, bei denen bei Einhaltung von neuen Ferien die Eltern durch das Reisegeld etwas belastet würde, kann doch wirklich nicht ein Grund sein, um den anderen Vorteilen diese Vorteile vorzuenthalten. Bei der geringen Anzahl der Schulen, deren Schüler aus größerer Entfernung zum Schulort kommen, könnte man wohl für sie Ausnahmen bestehen lassen. Ebenfalls kann es die Rücksicht auf kirchliche Feiertage sein, die zuweilen als Gegenargument angeführt werden.

Auch für unsere Jugend jedenfalls sind, wie die besten Schulen, auch die besten Ferien gerade gut genug, und diese werden uns vom Oberpräsidenten mit seiner Entscheidung weiter vorenthalten.

• Von der Kodelbahn an der Körnerstraße. Infolge des gestrigen starken Schneefalles war die Alt-Solinger Kodelbahn auf der Körnerstraße gestern abend außerordentlich stark besucht. Hier konnte sich die Jugend die richtigen Winterfreuden verschaffen. Sie achtete aber nicht der Gefahren, die mit dem Kodeln verbunden sind. Große und kleine Schlitten sausen ohne Regel und ohne die nötigen Abstände zu wahren, die Bahn hinunter. Man sah wieder die großen und breiten, aus zwei Schlitten mit Brettern zusammengefügten „Antriebsmittel“, die von 6 bis 8 Personen besetzt, rückwärts die Bahn benutzten und die infolge ihrer Schwere ein Tempo erhielten, das für kleinere Schlitten, die dahinter folgten, eine große Gefahr bedeutete. Hier fehlt eine Aufsicht und Kontrolle, welche wohl die Polizei übernehmen müßte. Im übrigen ist es erforderlich, daß die Körnerstraße, wenn sie als Kodelbahn offiziell bestimmt ist, während den Abendstunden voll beleuchtet wird, was gestern abend nicht der Fall war. Hier muß also für Ordnung gesorgt werden, um den in ihrer Auswirkung so gefährlichen Kodeln zu vorbeugen.

• Beschlagnahme von Flugblättern. Am 21. Febr. d. J. konnten einige Tausend kommunistische Flugblätter von Beamten der politischen Polizei beschlagnahmt werden, deren Inhalt geeignet war, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden.

• Festgenommen wurden zwei junge Leute, die eine Flagge gestohlen hatten.

Aus dem Ohligser Bezirk

• Der Ehrenmalausschuss hielt gestern abend im Zentral-Hotel Ohligs eine Sitzung ab, die einen außerordentlich guten Verlauf aufzuweisen hatte. Es scheint, daß nun, wo sich der Zeitpunkt der Einweihung des Ehrenmals nähert, das Interesse vieler Mitglieder des Bürgerausschusses, das bisher sehr gering war, nunmehr doch größer wird. Die Sitzung wies eine lebhafte Teilnahme auf, mit Ausnahme des Punktes „Grundsteinlegung“. Hier gingen die Meinungen darüber auseinander, ob die Grundsteinlegung an einem Wochentag oder am Wochenende erfolgen soll. Man kam schließlich dahin überein, den Termin für die Grundsteinlegung auf den 8. April, einen Samstag, festzusetzen. Die Einweihung soll dann, wie wir schon mitteilten, am Sonntag vor dem Ohligser Schützenfest, also am 25. Juni, erfolgen. Eine eingehende Aussprache entspann sich dann über die Beschaffung der Restbaumsumme von ungefähr 1000 Mark. Man hofft, das Geld bis zur Einweihung zusammenzubringen zu können. Schließlich wurde noch ein Ausschuss bestehend aus drei Personen gebildet, der die Geschichte des Ohligser Ehrenmals niederzuschreiben soll.

Bergische Illustrierte

Aus dem Inhalt der neuen Nummer:

Die Leipziger Messe im Weltkrieg. — Eine Rückschau auf das Ausstellungsmaterial während der Kriegsjahre. Da sieht man „Erst“ für alles, für Lebensmittel, für Stoffe, für Seife. Interessant ist auch das Reichsverwertungsamt für Heeresgut.
Rund um die Berliner Autoschau. — Neue Autotypen stellen sich vor; einfache Personenvagen, wie auch riesige Automodelle.
Frauenschießer und Tücher, zwei Dinge, die wohl jeder Frau einmal wichtig sind, zeigt unser Bilderausatz. Einfach und schick ist das Kopftuch der Bäuerin, kunstvoll durchwirkt der Seidenschal einer Tänzerin.
Die Speise Zehnerlei und vom Essen auf der Insel Java. — Jedes Volk hat seine Nationalgerichte und ihre besondere Zubereitung. Wir bringen einen kleinen Ausschnitt aus dem Volksleben der Javaner.
Rückblick und Ausblick. — Der letzte Schnee und die ersten Krokus. „Im grünen Kakadu“. — Die neue Romanfortsetzung.

Aus dem Walder Bezirk

Hochverräterische Waffenfunde bei einem Walder KPD-Funktionär.

Deszemberramessie veranlaßt das Reichsgericht zur Verfahrens-einstellung.

Eigener Bericht des „Solinger Tageblattes“.

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich heute der 56jährige Drechsler Karl S. aus Solingen-Wald wegen Vorbereitung zum Hochverrat sowie wegen Vergehens gegen das Kriegsgesetz und Schusswaffengesetz zu verantworten. S. war ein äußerst aktives Mitglied der KPD, ja sogar Führer und Funktionär einer sogenannten Terrorgruppe. Anlässlich einer Ende Oktober 1931 vorgenommenen Hausdurchsuchung konnte bei S. überaus zahlreiches Schriftmaterial sichergestellt werden. Ein wertvoller Tip wurde den renitierenden Kriminalbeamten hierbei insofern gegeben, als sie auch eine Anleitung für Schießübungen vorfanden. Man betrieb nämlich die Nachschube umso intensiver und hatte in der vermuteten Richtung auch durchschlagende Erfolge. Gut eingeleitet und schußbereit — wie die Sachverständigenurteile lauten — wurden auf dem Seuboden drei Infanteriegewehre sowie vier Karabiner Modell 98 und zwei feststehende Messer erbeutet. Während S. das Eigentumsrecht an dem Schriftmaterial ausübte, bestritt er den Besitz an den Waffen ganz entschieden. In letzterem Punkte stellte er sich in diametralen Gegensatz zur Oberreichsanwaltschaft, von der die Auffassung vertreten wird, S. habe die Waffen im gebrauchsfähigen Zustand für die den Staatsumsturz erstrebende kommunistische Bewegung bereit gehalten.

Wenn auch alle diese Belastungsmomente an sich äußerst gravierend sind, so kam es noch während der Beweisaufnahme insofern zu einer kleinen Prozessionsation, als die Anklagebehörde selbst Einstellung des Verfahrens auf Grund der Dezemberamnestie beantragte. Der höchstgerichtliche Senat hielt die notwendigen Voraussetzungen für gegeben und stellte das Verfahren wegen Durchgreifens der Amnestieverordnung vom 20. Dezember 1932 ein.

• wa- Keger Wintersportbetrieb. Bei dem anhaltenden Schneewetter sieht man im Schlagsbaum und einigen anderen Bezirken an vielen Straßen Kodelbahnen entstehen. So fördert die Kodelbahn für unsere Jugend ist, so dürfen doch nur solche Straßen befahren werden, die von der Polizei für diese Zwecke freigegeben sind. Die Gefahr ist für Kodeler, Fußgänger und Fahrzeuge gleich groß. — Die Schneebedeckung Wiesen und Abhänge des Scheidter Höhenrücken haben gestern ein ungewöhnliches Winterportbild. Den Skifahrern, die dort trainierten, kam das schöne Winterwetter ebenfalls sehr gelegen.

• wa- Die Abrechnung über den vorläufigen Ausbau der Leichtrage von der Wittkuller- bis zur Heutampfenstraße liegt nunmehr vor. Nach einer amtlichen Bekanntmachung des Bürgermeisters können die angrenzenden Eigentümer die Höhe der auf sie entfallenden Anteile bei der Bauverwaltung in Solingen, Körnerstraße (Abt. Anliegerbeiträge), einsehen.

• wa- Acaulierungsarbeiten werden augenblicklich an der Zitterstraßenstraße vorgenommen. Eine Anzahl städtischer Arbeiter ist damit beschäftigt, die Gräben der Straße neu auszuheben. Diese waren mit der Zeit derart verlandet, daß das Regenwasser ständig die Straße überschwemmte.

• wa- Fahrraddiebstahl. Einem Damaszierter von hier wurde am 18. Februar aus der Wäschkiste seines Hauses in der Mangenbergstraße das Fahrrad entwendet. Es ist ein Rennrad, Marke Opel, Nr. 1320 697.

Aus dem Hölscheider Bezirk

• Der Widderter Verschönerungsweg ist nur für Fußgänger bestimmt. In letzter Zeit ist es wieder verschiedentlich vorgekommen, daß Motorradfahrer und Radfahrer den Widderter Verschönerungsweg von seinem Eingang bei Bodert aus befahren, ohne daß ihnen vom Bewußtsein kommt, daß der Promenadenweg nur für Fußgänger bestimmt ist. Dadurch werden die Passanten belästigt und der Weg wird auch durch die schweren Motorräder beschädigt. Auf entsprechende Vorhaltungen brachten die Fahrer zum Ausdruck, daß das Befahren des Weges nicht verboten sein könne, da das vorgeschriebene polizeiliche Verbotsschild nicht vorhanden sei. Es ist daher notwendig, daß sich die staatliche Polizei der Sache annimmt und die Anbringung eines Sperrschildes mit den bekannten fünf Punkten in die Wege leitet. Frühere Anträge des Verschönerungsvereins auf Anbringung eines derartigen Schildes blieben leider unberücksichtigt. Die Spaziergänger, die in aller Ruhe die landschaftlichen Schönheiten dieses Baggergebietes genießen wollen, haben ein Anrecht darauf, daß sie auf diesem Wege von Motorradfahrern und Radfahrern unbehelligt bleiben. Der Weg ist nicht breit genug, daß außer den Fußgängern auch noch Befahrer von Fahrzeugen genügend Platz finden.

Aus dem Gräfrather Bezirk

• Im Interesse der öffentlichen Sicherheit ist, wie aus einem Antrag der Freiwilligen Feuerwehr an das Telegraphenamt Solingen hervorgeht, eine öffentliche Fernsprechanlage in der Ortschaft Raaschhaus dringend notwendig. In der Begründung des Antrages wird gesagt, daß die Zahl der Fernsprechanrufe in diesem Bezirk so gering ist, daß bei einer Brandgefahr die Alarmierung des zuständigen Löschzuges nicht gewährleistet werden kann. Es wird deshalb der Wunsch ausgesprochen, daß in der Gaststätte von Kopp, die im Mittelpunkt liegt, eine Fernsprechanlage, die der Öffentlichkeit stets zugänglich ist, angebracht wird.

Sinweise.

• „Hänsel und Gretel“, der erste Märchen-Film, wird von Donnerstag bis Samstag als Erstausführung für Solingen in den Gräfrather Spieltheatern gezeigt. Vorher geht ein Märchen-Programm: „Die Elendolter“ und „Die Wichtelmänner“.
• Eine Rettungsfundgebung der Wirtin von Groß-Solingen findet am Freitag, 24. Februar, im „Kaisergarten“ Werfeld statt. (Siehe Anzeige.)

firma nur eine Nachnahmesehung. Als er aber den Frachtkbrief in den Händen hatte, schrieb er einen Brief des Inhalts, daß er leider die Sendung nicht abnehmen könne; ein Wechsel habe ihm wohl bekommen und sein Konto auf der Bank reiche leider noch nicht einmal zur Deckung des Wechsels aus. Wenn die Firma Interesse daran habe, daß die Ware nicht ganz wertlos würde, dann möchte sie die Nachnahme zurücknehmen. Was dann auch geschah; leider vergaß aber der Kunde, die Rechnung zu begleichen. Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß der Angeklagte weder einen Wechsel in Höhe von 300 RM. zu bezahlen hatte, noch daß er überhaupt in der fraglichen Zeit über ein Bankkonto verfügte. Unter Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften setzte das Gericht die oben angegebene Strafe fest.

• Sie suchten Del, und erhielten 4 Monate Gefängnis. Mit einer recht eigenartigen Diebstahlsangelegenheit hatte sich in der gestrigen Sitzung der Solinger Einzelrichter zu beschäftigen. Die beiden Angeklagten, von denen nur einer erschienen war (der andere hält sich zurzeit verborgen und steht seiner Bestrafung entgegen), vermuteten bei einem ihnen bekannten Unternehmer in Potsdam Motoröl, das aus einer kassierten Handlung hergerührt sollte und auf das sie „Kraft“ waren. Mittels eines Einbruchs, der abends gegen 10 Uhr in Szene gesetzt wurde, wollten sie sich in den Besitz des Öles setzen. Da sie aber den begehrten Artikel nicht fanden, nahmen sie gerade zur Hand liegende Wertgegenstände mit, die im eigenen Betrieb gut gebraucht werden konnten. Die Angeklagten wurden auf dem Rückweg von einem im Stall schlafenden Kutscher gestellt und mit einer Wirtgabel in Schach gehalten. Trotzdem gelang es ihnen zunächst, zu entkommen; sie wurden aber von der nach Cronenberg fahrenden Straßenbahn aufgehalten und erneut festgenommen. Gegen den nicht erschienenen Angeklagten erging Haftbefehl; dem anderen wurde eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten auferlegt.

• Stimmgabe für die Preußenwahl auf der Leipziger Messe. Nach einer Meldung aus Berlin können die preußischen Besucher der Leipziger Messe in dem in Schiedlich eingerichteten Wahllokal ihre Stimme auch für den preußischen Landtag abgeben.

• Das Finanzamt Solingen-Ost teilt uns mit, daß Anträge auf Ausgabe von Steuerausweisen für Mehrbeschäftigte von Arbeitnehmern nach dem 4. Vierteljahr 1932 noch bis Ende Februar d. J. ohne besondere Begründung der verpäteten Einreichung angenommen werden können, darüber hinaus jedoch nur in ganz besonders begründeten Einzelfällen.

• Bestandene Prüfung. Den akademischen Grad eines Diplom-Kaufmanns erhielt an der Universität Köln mit dem Prädikat „gut“ H. C. Lohmann, Solingen.

Querschnitt durch den Wahlkampf.

Papen vor der Berliner Studentenschaft.

NR. Berlin, 21. Febr. Im Auditorium Maximum der Friedrich-Wilhelm-Universität veranstaltete die nationale Studentenschaft heute Abend aus Anlaß der Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuß (Asta) eine Kundgebung, auf der Vizelandesrat von Papen über die Eingliederung der akademischen Jugend in die Wirtschaft und den Staat nationaler Prägung sprach.

Seine Rede, die der Rektor der Universität, Professor Dr. Kohlschütter, einleitete, wurde durch den Deutschlandsender übertragen.

Vizelandesrat von Papen führte in seiner Rede u. a. aus: Der akademische Boden verpflichtet den Redner, seine Ausführungen aus den Niederungen der politischen Phraseologie herauszuheben, und die Hörer, auf die allzu gefühlbetonte Einstellung dieser Tage zu verzichten. Wir müssen zur platonischen Auffassung von der Politik zurückkehren. In der Neuzeit hat sich der Mensch allzu sehr dem diesseitigen Leben zugewendet, und das kommunistische Manifest bildet die Vollendung dieses roten Säkularisationsprozesses. Die wahre Revolution des 20. Jahrhunderts ist nicht der Bolschewismus, sondern die Erhebung der heroischen, gottverbundenen Persönlichkeit gegen Mechanisierung und Kollektivierung. Daß der Marxismus heute verschwinden muß, ist nur die Quittung für seine geschichtliche Schuld. Allerdings dürfen wir nicht die Mitschuld des Bürgertums übersehen, das liberale Unternehmertum hat die Entwicklung mit vorbereitet. Eine wahre Sozialpolitik hätte der Proletarisierung entgegenwirken müssen. Der Staat kann nicht die Verantwortung für das Lebensrisiko des Einzelnen tragen; wo der Einzelne zu schwach war, hätte die gesellschaftliche Selbsthilfe gestärkt werden müssen. Stattdessen hat man das deutsche Volk zu einem Rentner-volk gemacht.

Die drei Gruppen, die die nationale Regierung gebildet haben, Nationalsozialisten, Deutschnationale und die christlich-konservativen Kräfte, haben sich nicht an, allein national zu sein oder allein das deutsche Volk zu sein. Wenn Teile der kommunistischen Massen den Willen zeigen, Teile des Volkes zu werden, so müssen wir das unterstützen. Wenn aber kommunistische Führer ausländische politische Systeme und Methoden nach Deutschland bringen wollen, so müssen wir das rücksichtslos unterdrücken. Die Zeit des Denkens in den Vorstellungen der französischen Revolution ist vorüber. Heute wissen wir, warum wir im Weltkriege kämpften: um das Judentum in deutschen Menschen, um alles, was wir fast mythisch „das Reich“ nennen.

Nachhaltig nur, wer sie aus dem Geist heraus handhabt. Wollte Gott, daß die geistige Herausstellung der nationalen Idee bald nicht mehr notwendig ist, wenn nämlich die Verwurzelung im Geist, Blut und Boden für jeden zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Es geht um unsere Volkwerdung und Grundsteinlegung des neuen Reiches. Das ist der Kern der deutschen Revolution. Wir müssen das demokratische mit dem aristokratischen Prinzip vereinigen. Wir brauchen Menschen, die Herren sind, weil sie dienen können, die nicht manifestieren, sondern Würde ausstrahlen. Der einzige Mann, der allen sichtbar diese Bedingungen erfüllt, ist unser Reichspräsident. Diese Volkwerdung ist die Voraussetzung für die wahre Demokratie, die den Klassenkampf ablösen muß. Die Energien liegen heute auf der politischen Rechten, nicht nur machtpolitisch, sondern auch geistig. Wenn wir aber den Parteienstaat beseitigen wollen, müssen wir zuerst das eigene Parteibuch fortwerfen. Wir müssen die drei Heersäulen der nationalen Bewegung verknüpfen, müssen dem Staat alle geistig freien Menschen dienstbar machen und zu geistig freien Menschen soll die Hochschule besonders die akademische Jugend machen. Langemarck ist ein Symbol und ein Vermächtnis für Sie, meine jungen Freunde. Es bedeutet, immer der Rechte zu sein, wenn es um eigene Rechte geht, aber immer der Erste, wenn es um die Pflichten gegenüber der Heimat geht.

Unter stürmischem Beifall schloß Vizelandesrat von Papen mit den Worten, die Fichte einst den Berliner Studenten zürte, als unter den Fenstern der Universität französische Trommeln erklangen: Das neue Deutschland braucht Sie und Ihren ganzen ungeheilten Glauben an die deutsche Zukunft.

Kultusminister Dr. Kauff vor der Großdeutschen Studentenschaft.

NR. Berlin, 22. Febr. Die Großdeutsche Studentenschaft an der Technischen Hochschule veranstaltete gestern Abend eine Wahlversammlung für die Asta-Wahlen, in der u. a. der Reichskommissar für das preussische Kultusministerium Dr. Kauff sprach. Nach einem Rückblick auf die Kriegs- und Nachkriegsjahre und nach einer ausführlichen Darlegung der Ziele des Nationalsozialismus gab Dr. Kauff eine kurze Uebersicht über die Aufgaben, die er sich gestellt hat. Unter großer Begeisterung teilte er der Versammlung mit, daß er die bereits gemeldete Umorganisation der Racial-Marx-Schule und den Personalwechsel am Berliner Provinzialhochschulrat vollzogen habe. Dr. Kauff erklärte weiter, er werde in den nächsten Tagen ein praktisches Programm zum Kampf gegen die Gottlosenbewegung herausbringen. Es sei kein Grundlag und auch der Grundlag des Nationalsozialismus, nichts zu zerstören, was wirklich wertvoll und entwicklungsfähig sei. Es werde auch gar nicht daran gedacht, die Lehrfreiheit an den Hochschulen anzutasten. Der Vortragende schloß seinen Vortrag mit einem Aufruf, daß erst dann das deutsche Volk wieder aufstehen könne, wenn es geschlossen eine nationale Einheit geworden sei.

Aufruf der Kampffront Schwarz-weiß-rot.

NR. Berlin, 21. Febr. Die Führer der Kampffront Schwarz-weiß-rot haben einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Die Regierung der nationalen Erhebung ruft das deutsche Volk am 5. März zur Wahl, auf daß es die Bahn frei mache für die rettende Tat.

Diese Regierung ist kein Parteiregiment, sondern der im Angesicht Hindenburgs feierlich beschworene Bund aller nationalen Kräfte. Auch in diesem Wahlgang ringen wir nicht um die Ausdehnung der eigenen Macht innerhalb der Regierung, sondern allein um die Vertiefung und Befestigung der nationalen Einheit. Wir sind aber entschlossen, diese mühsam errungene Einheit gegen jeden erneuten Angriff des Parteigeistes bis zum äußersten zu verteidigen.

Das deutsche Volk fordert Männer, die sich in Demut beugen vor der Größe der Verantwortung, die sie vor Gott und dem

Vaterland tragen. Leuchtendes Vorbild solchen selbstlosen Dienstes an der Gesamtheit ist uns allen der Generalfeldmarschall von Hindenburg. In seinem Namen und in seinem Sinne führen wir den Wahlkampf, auf daß sein Wort wahr werde: Ich will von Parteien nichts wissen, das ganze Deutschland soll es sein! Der Aufruf ist unterzeichnet von Generalfeldmarschall von Mackensen, von Papen, Eugenbergr und Franz Selbde.

Dr. Feld in München.

NR. München, 21. Febr. In seiner Rede auf einer Wahlversammlung der Bayerischen Volkspartei stellte der bayerische Ministerpräsident Dr. Feld fest, daß jede Regierung, die vom Reichspräsidenten verfassungsmäßig gebildet werde, zu unterstützen sei, wenn sie verfassungsmäßig ihr Amt ausübe. Dr. Feld übte dann mehrfach Kritik an der Regierungserklärung, deren Gesamteindruck er als nicht gerade erfreulich bezeichnete, und an verschiedenen Maßnahmen der Regierung. In Zurückweisung einer Behauptung des Völkischen Beobachters betonte er, daß er neun Jahre an der Spitze der bayerischen Regierung stehe, ohne daß auch nur einmal ein Sozialdemokrat an der Regierung gewesen sei. Er sei auch seinerzeit der einzige deutsche Ministerpräsident gewesen, der vor einem zu frühzeitigen Eintritt in den Böhmerwald und der auch vor Locarno gewarnt habe.

Zum Schluß trat der Ministerpräsident nachdrücklich für Pressefreiheit ein und lehnte es ab, die Beamtenpolitik, wie sie im Norden Deutschlands betrieben werde, mitzumachen. Die Polizei müsse unter allen Umständen ihre Pflicht erfüllen, sie habe aber diese Pflicht allen gegenüber in voller Gleichheit zu erfüllen.

Stürmische Zentrumsvorversammlung in Münster.

NR. Münster, 21. Febr. Als die heute Abend von der Zentrumspartei nach der Halle Münsterland einberufene Wahlversammlung eröffnet werden sollte, wurde festgestellt, daß die Lautsprecheranlage durchschnitten war. Während der Fertigstellung der Anlage kam es zu einer Schlägerei.

Als erster Redner ergriff der beurlaubte Oberpräsident Gronowski das Wort, der sich scharf gegen die Gegentendenz wandte. Auch die Lautsprecheranlage wurde nochmals unterbrochen. Schließlich griff die Polizei ein und stellte die Ruhe wieder her.

Als zweiter Redner sprach Reichsanwalt a. D. Dr. Wirth, der von einem Teil der Versammlungsteilnehmer mit dem Rufe empfangen wurde: „Der Feind steht rechts“. Der Redner erklärte u. a., daß in den großen außenpolitischen Fragen das Volk einig sei, als der innere Hader dem Ausland glauben mache. Er schloß mit den Worten: Wir wollen den Gegnern zeigen, mit welcher Kraft und Stärke wir zusammenstehen.

Eine Stegerwald-Versammlung aufgelöst.

NR. Krefeld, 21. Febr. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die am 21. ds. Mts. in der Stadthalle stattgefundene Versammlung der Zentrumspartei war von etwa 1200 Personen besucht, darunter auch eine größere Zahl Angehöriger anderer Parteien und Verbände. Die Versammlung mußte vorzeitig aufgelöst werden, da infolge einer Anwesenheit des Redners Ruhe und Gegentendenz erfolgten, die sich in Verbindung mit dem Wurf einer Rauchpatrone bis zum Tumult steigerten. Da sich die von dem dienhabenden Polizeioffizier zunächst angeordnete Räumung der Galerie als nutzlos erwies und sich inzwischen an mehreren Stellen des Saales Schlägereien entwickelten, sah sich dieser ver-

Neue Zusammenstöße.

Eine Nacht schwerer politischer Zusammenstöße in Berlin.
2 Tote, 3 Schwerverletzte.

NR. Berlin, 22. Febr. (Kunstsprache.) In der vergangenen Nacht ereigneten sich in verschiedenen Stadtteilen schwere politische Zusammenstöße, bei denen insgesamt 2 Tote und 3 Schwerverletzte zu beklagen sind. Die Polizei meldet darüber u. a.: Vor einem SPD-Verkehrslot in Spandau entstand kurz vor 1 Uhr nachts eine Schießerei, bei der ein 20 Jahre alter Nationalsozialist durch einen Rückenschuß getötet wurde. 1½ Stunden später fand in Spandau eine weitere Schießerei statt, in deren Verlauf eine Person getötet, zwei weitere durch Bauchschüsse schwer verletzt wurden. Die Personalien des Getöteten konnten noch nicht ermittelt werden. Die Mordkommission der politischen Polizei ist zur Zeit noch mit den weiteren Ermittlungen beschäftigt.

Ueberfall auf ein nationalsozialistisches Lokal. — Eine Frau getötet.

NR. Hamburg, 21. Febr. Ein Trupp von etwa 20 Kommunisten zog heute Abend vor das nationalsozialistische Verkehrslokal in der Schanzstraße und zertrümmerte mehrere Scheiben. Auch Revolverhülsen wurden abgegeben. Die Täter entkamen im Schutze der Dunkelheit. Eine Frau erlitt einen Oberarmbruch, eine andere einen Halsbruch. Die Schwerverletzte ist inzwischen gestorben. Ihre Personalien stehen noch nicht fest. Ein Gastwirt aus Altona wurde durch Nierenschuß, ein SA-Mann durch Oberschenkelbruch verletzt.

Politische Zusammenstöße in Hannover.

Ein Toter, 16 Verletzte.

NR. Hannover, 22. Febr. Gestern Abend kam es aus Anlaß einer Versammlung der SPD vor dem Versammlungslot zu einer Schießerei. Ein Versammlungsteilnehmer wurde getötet, fünf wurden schwer verletzt.

In einer zweiten SPD-Versammlung in Buchholz wurde ebenfalls geschossen. Vier Personen wurden schwer und sieben leicht verletzt.

Polizeibericht über die Zwischenfälle in Kaiserslautern.

NR. Kaiserslautern, 21. Febr. Nach dem Bericht der Polizeidirektion ereigneten sich die bereits gemeldeten blutigen Zusammenstöße Montag Abend nach den Brünings-Versammlungen. Die SA-Wacht und die katholischen Männervereine veranstalteten einen Fackelzug durch die Straßen der Stadt. Der Umzug

Der neue Leiter der Polizeidivision.



Die preussische kommissarische Staatsregierung wird wahrscheinlich Ende der Woche noch einige Personalveränderungen bekanntgeben. Inzwischen hat der Kommandant des Reichs für das preussische Innenministerium, Reichsminister Göring, den Vorschlag gemacht, an Stelle des beurlaubten Leiters der Polizeidivision, Klausner, Dr. Grauert (unter Bild) mit diesem Amte unter gleichzeitiger Ernennung zum Ministerialdirektor zu betrauen. Die endgültige Entscheidung wird in einer Kabinettsitzung der Reichskommission für Preußen gefaßt werden. Dr. Grauert war Geschäftsführer des Arbeiterverbandes für den Bezirk der nordwestdeutschen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (Duisburg), nachdem er früher als Staatsanwalt tätig und vom Kabinett Otto Braun aus politischen Gründen entlassen worden war.

anlaßt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären. Die Räumung vollzog sich ohne weitere Zwischenfälle.

Ein Protesttelegramm der Krefelder Zentrumspartei

NR. Berlin, 22. Febr. Der Vorstand der Krefelder Zentrumspartei hat, wie die Germania berichtet, wegen der Vorfälle bei der gestrigen Stegerwald-Versammlung in Krefeld ein Protesttelegramm an den Reichskommissar für das preussische Innenministerium, Reichsminister Göring, gerichtet.

Adolf Hitler an die N. S. D. A. P.

NR. Berlin, 22. Febr. (Kunstsprache.) Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei, Adolf Hitler, hat folgenden Aufruf erlassen: Nationalsozialisten! Provokatorische Elemente versuchen unter dem Deckmantel der Partei durch Störung oder Sprengung, insbesondere von Zentrumsversammlungen, die nationalsozialistische Bewegung zu belästigen. Ich erwarte, daß alle Nationalsozialisten sich in äußerster Disziplin gegen diese Absicht wenden. Der Feind, der am 5. März niedergeworfen werden muß, ist der Marxismus. Auf ihn hat sich die gesamte Propaganda und damit der gesamte Wahlkampf zu konzentrieren. Wenn das Zentrum in diesem Kampf durch Angriffe gegen unsere Bewegung den Marxismus unterstützt, so werde ich selbst von Fall zu Fall mich mit dem Zentrum auseinandersetzen. Diese Angriffe zurückweisen und damit erledigen. Im übrigen: Beachtet keine gegnerischen Versammlungen, sondern sorgt dafür, daß unsere eigenen Versammlungen zu gewaltigen Kundgebungen der erwachenden Nation werden. Nationalsozialisten! Ihr habt seit 14 Jahren die deutsche Erhebung vorbereitet, ihr müßt sie heute vollenden!

Zulauer Bischofskonferenz zu den Wahlen.

NR. Osnabrück, 22. Febr. Das kirchliche Amtsblatt der Erzdiözese Köln veröffentlicht eine Kundgebung der in der Zulauer Bischofskonferenz vereinigten Oberhirten der Diözesen zu den bevorstehenden Wahlen, in der alle katholischen Christen in Anbetracht der großen Bedeutung der Wahlen an ihre vaterländische Pflicht erinnert werden, von ihrem Wahlrecht so Gebrauch zu machen, wie es der Verantwortung des treuen Staatsbürgers und treuen katholischen Christen entspricht.

Deutschland.

Beitritt zur Deutschen Volkspartei.

Düsseldorf, 22. Febr. Verschiedene Gruppen der früheren Volkskonservativen Partei in Berlin haben sich aufgelöst und sind mit ihrem Mitgliederstand fast vollständig zur Deutschen Volkspartei übergegangen. Sie treten in die Organisationen der Partei in den verschiedenen Stadtteilen ein. So konnte der Vorsitzende der Bezirksgruppe Nord der Deutschen Volkspartei in der letzten Hauptversammlung den Eintritt von 22 neuen Mitgliedern begrüßen, die mit der Führerin der Volkskonservativen, Frau Cruijs, ihren Uebertritt zur DVP vollzogen hatten.

Verbot kommunistischer Demonstrationen in Sachsen.

NR. Berlin, 22. Febr. Das Reichsgesetzblatt vom 21. Februar veröffentlicht eine Verordnung des Reichsministers des Innern, durch die auf Grund des § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (Reichsgesetzblatt 1, S. 35) im Gebiete des Freistaates Sachsen Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge, die von der kommunistischen Partei Deutschlands, ihren Hilfs- und Nebenorganisationen veranstaltet werden, bis auf weiteres verboten werden. Das Verbot tritt mit dem 22. Februar in Kraft.

Koda-Koda-Vortrag abgelagt.

NR. Königsberg, 21. Febr. Ein für heute Abend vom Goethe-Bund angelegter Vortrag Koda-Kodas ist auf Veranlassung der Polizei auf vielfachem Einspruch von politisch rechtsstehenden Kreisen abgelagt worden. Der Protest war mit Hinweisen auf die vom religiösen Standpunkt aus anstößigen Stellen in den Werken Koda-Kodas begründet. — Auch in Osterode war bereits gestern ein Vortrag Koda-Kodas abgelagt worden.

39/13

Die Frauenmorde bei Dortmund.

Einzelheiten über die Untersuchungsergebnisse.

Auch der Mord an Karowski aufgeklärt.

wp. Dortmund, 21. Febr. Die Dortmund-Kriminalpolizei, der es in Zusammenarbeit mit der zentralen Mordkommission Essen gelang, Licht in die Ermordung dreier Personen zu bringen, teilt jetzt interessante Einzelheiten mit. Der verhaftete Kraftwagenführer Pieper hat den Holzhändler Karowski unter Vorpiegelung eines großen Holzaufkaufs in ein Auto gelockt, das an einer verkehrsreichen Stelle ein Komplotz, der ehemalige Kuffler Schulte aus Dortmund, bereitgestellt hatte. Unterwegs täuschte Pieper Benzinmanöver vor und hielt an. Darauf trat Schulte mit vorgehaltenem Revolver aus seinem Versteck hervor, martinierte einen Ueberfall und raubte dem Holzhändler Geld und Wertgegenstände. Dann ließ Schulte zusammen mit Pieper und einem dritten Komplizen, Scheer, wieder in den Wagen, in den auch der gefesselte Karowski mit hineingenommen wurde, und man fuhr planlos in der weiteren Umgegend Dortmunds umher. Abends um 10 Uhr hielten sie in Holzwickede in einem kleinen Wäldchen. Hier wurde der Holzhändler aus dem Wagen geholt und von Schulte bewacht. Inzwischen führten die beiden anderen Komplizen zu dem Büro des Holzhändlers, stahlen dort mit Hilfe der in den Taschen des Ueberfallenen gefundenen Schlüssel aus dem Geldschrank mehrere Scheine und kehrten dann zu dem Gefesselten zurück. Die beiden wurden dann die Fesseln an den Händen gelöst, und er mußte mehrere Scheine unterschreiben. Pieper und Scheer entfernten sich dann, während Schulte sich weiter mit Karowski befahl. Er steckte ihm einen Knebel in den Mund. Dann warf Schulte dem Holzhändler noch einen Strick um den Hals und erdrosselte ihn. Erster wurde der Tote in eine in der Nähe befindliche Grube geworfen und mit Zweigen zugedeckt. Dadurch, daß ein Gärtner das Auto in der Morgenfrühe beobachtete und sich die Nummer gemerkt hatte, ist die Kriminalpolizei auf die Spur der Verbrecher gekommen.

Die Kriminalpolizei stellte im Verlaufe des Verhörs fest, daß der noch flüchtige Scheer noch für zwei andere Morde als Mitäter in Frage kommt. Scheer ließ in den Zeitungen Anzeigen erscheinen, in denen Hausangestellte gesucht oder eine Heirat angeboten wurden. So ging es in dem Falle der Frau Schur aus Hagen vor sich, mit der Schulte zu einer einlamen Stelle ging und ihr hier von hinten mit einem kleinen Beil den Schädel einschlug. Die Leiche wurde dann verscharrt, nachdem die Wertgegenstände geraubt worden waren. Ein weiteres Opfer war die aus Herford gekommene Hausangestellte Schneider. Fräulein Schneider war auf einen Brief von Schulte nach Dortmund gekommen, war hier auch mit ihren Koffern angekommen und von Scheer in Empfang genommen worden. Sie wurde dann in die Gegend von Huderde geführt und dann wie in dem anderen Falle von Schulte ermordet und verscharrt.



Auflösung des englischen Residenzschlosses?

Der Buckinghampalast, das langjährige Residenzschloß der englischen Könige, soll jetzt aufgelöst werden. Ansehend folgte der Unterhalt des riesigen Gebäudes, das unter Bild zeigt, zu viel Geld. Der Palast soll daher niedriger und das Gelände verkauft werden. Einen Teil des Erlöses will man zur Ausgestaltung des Kensingtonpalastes verwenden, der zur Residenz erklärt werden soll. Aus der Auflösung des Buckinghampalastes vertritt man sich einen Erlös von 50 Millionen.

Die Brant ermordet.

wp. Gladbach-Rheinb., 21. Febr. Heute morgen erschloß der 28 Jahre alte Arbeiter Emil Janßen seine 22 Jahre alte Brant Mechtild Weger in deren elterlichen Wohnung in Stadteil Kürrip. Nach kurzer Flucht wurde der Täter auf freiem Felde gestellt. Bei seiner Festnahme versuchte er, sich eine Kugel in den Kopf zu schießen. Er wurde gefesselt und abgeführt.

Seit längerer Zeit hatte die Weger unter den Nachstellungen des Janßen zu leiden. Vor zwei Monaten hatte sie eine Stelle in Holland angenommen, um sich ihm zu entziehen. Als sie sich morgens zum Bahnhof begab, lauerte Janßen ihr auf und biß ihr kurzerhand die Halsspitze ab. Wochenlang war das Mädchen ans Krankenhaus gefesselt. Vor 14 Tagen wurde sie aus dem Krankenhaus entlassen und war nun von neuem den Nachstellungen des hartnäckigen Liebhabers ausgesetzt, der erneut abgemessen wurde. Heute morgen, etwa 7.40 Uhr, wurden ihre Nachbarn durch mehrere Schüsse aus dem Schlafe geweckt. Kurz darauf sah ein Mann über die Mauer des Wegerischen Hauses und strebte in wilden Sprüngen dem freien Felde zu. Im Flur des Hauses fand man dann die Weger erschossen auf. Janßen hatte sie in ihrem Zimmer überrascht, wo sie sich eben auflebte, und gab sofort einen Schuß auf das Mädchen ab. Die Weger eilte die Treppe hinunter, und Janßen feuerte noch einen Schuß hinter ihr her, der sie tödlich verletzte. Dann ergriff Janßen die Flucht. Auf der Uerdinger Landstraße wurde er gefasst. Hier versuchte Janßen zunächst, sich die Beamten durch Schüsse vom Leibe zu halten; dann setzte er sich selbst die Waffe an die Schläfe. Der Revolver ging aber infolge Ladehemmung nicht los. Erst nachdem er gefesselt war, konnte der Verbrecher abgeführt werden. Die Mutter der Erschossenen, eine Witwe, wird durch den Verlust ihrer Tochter hart betroffen.

Auflösung über die Reunikirchner Katastrophe.

wp. Saarbrücken, 21. Febr. Das Gewerbeaufsichtsamt veröffentlicht einen Bericht über die neuesten bei der Untersuchung der Explosionskatastrophe gemachten Feststellungen. Der Explosion des großen Gasbehälters ist bekanntlich eine kleinere Explosion in dem Umgehungsrohr des Gasmeters vorausgegangen. Es ist bereits früher festgestellt worden, daß an diesem Umgehungsrohr kurz vor der Explosion noch gearbeitet worden ist. Man nahm aber an, daß nur mit dem Hammer, also auf kaltem Wege, gearbeitet worden sei. Nunmehr wurde ermittelt, daß mit größter Wahrscheinlichkeit unmittelbar vor der Explosion Arbeiten mit dem Schneidebrenner an dem Umgehungsrohr vorgenommen wurden. Da das Umgehungsrohr vorher gasfrei gemacht worden war und eine Undichtigkeit dieses Rohres gegen das mit Gas gefüllte Nachbarrohr von den Arbeitern nicht bemerkt worden war, hielt man diese Arbeiten für ungefährlich.

Zusammenstoß im Brolat-Prozeß.

wp. Berlin, 21. Febr. Am zweiten Tage des Reineidsprozesses gegen den früheren VAG-Direktor Fritz Brolat wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Der Mitinhaber der Firma Koller & Fuchs, Klotz, erklärte, er habe auf Wunsch der Staatsanwaltschaft die Rolle des Zeichners gespielt, damit der Ansehen erweckt werden sollte, als ob die Sachen von Klotz geliefert würden. Aus diesem Grunde seien auch keine Firmenstempel in die Anzüge eingedruckt worden. Die Rechnungen seien an Klotz gegeben, die aber sehr schlecht bezahlt hätten. Brolat habe sich nicht erkundigt, welchen Preis die Klotz bezahlen mußten. Am 20. September 1929 habe Brolat bei dem Zeugen einen Mantel bestellt und bei dieser Gelegenheit einen Kontoauszug erhalten. Der Zeuge verneint, daß eine Vereinbarung mit Brolat dahingehend getroffen wurde, daß ihm vier einzelne Rechnungen statt einer Gesamtrechnung gegeben wurden, und blieb bei dieser Ansicht auch auf ernstestes Vorhalten des Vorsitzenden. Dann wurde der Buchhalter Kiedel vernommen, der die vier verschiedenen Rechnungen, wie er befandete, ohne Anweisung nach dem Hauptbuch ausgestellt haben will. Bei der Vernehmung dieses Zeugen kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung. Die Verteidigung beantragte die Vertagung des Prozesses, falls zu dem Gutachten des Grates Altan aus dem Klotz-Prozeß herangezogen würden. Der Staatsanwalt beantragte trotzdem die Vernehmung Grates, weil die Aufklärung der Brolat'schen Posten den Schluß zulasse, daß systematisch und bewußt das Zusammenwirken zwischen Brolat und der Firma Koller & Fuchs verschwiegen werden sollte. Die Verteidigung wies darauf hin, daß die Staatsanwaltschaft drei Jahre Zeit gehabt habe; es könne jetzt nicht im Verlaufe der Verhandlungen ein Ermittlungsverfahren angestrengt werden. Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, die Entscheidung auszusetzen.

Nur
NIVEA-CREME
kaufen!

Nichts anderes! Denn es gibt eben keine andere Hautcreme, die das hautverwandte Eucerit enthält!

Der Heimat uralte Macht

Roman von Friedrich Freidow.

34

„Gut, ich werde kommen!“ entschließt er sich. An seine Frau denkt er nicht, diesen Bluff traut er ihr nicht recht zu. Vielleicht haben noch andere Personen ein Interesse daran, ihn mit dieser fatalen, dummen Geschichte zu beschäftigen. Ob er die Polizei verständigt? Ach, das geht ja nun doch alles seinen Gang. Leider läßt sich da nicht mehr viel vertuschen. Und er mag nur wünschen, daß Ingrid ihren törichten Streich nicht gar so sehr büßen muß.

Da er ohnedies im Smotina ist, geht es rasch. Zehn Minuten später sitzt er im Auto, das von seinem Chauffeur gesteuert wird. Ja, er hat es weit gebracht im Leben. Das bringt nun doch so manche Schattenseiten mit sich. Wer käme wohl auf den Gedanken, einen armen Teufel um hunderttausend Mark pressen zu wollen?! Da neibet nun einer dem andern das Brot, das jagt und heist nach Erwerb, die einen haben Glück, die andern Pech, der eine schafft es durch seine Tüchtigkeit und seine Intelligenz, der andere durch stete Arbeit und treue Pflichterfüllung, viele sind auf die Stärkeren angewiesen und die, welche es eben besser verstehen, Geld zu verdienen. Und andere hochtapeln, blühen oder flüchten gegen die bestehende Weltordnung.

Wirre Zeit und traurige Politik. Von neuen Kriegen will die Menschheit nichts mehr wissen — und doch droht er allerwegen. Krieg draußen, Krieg drinnen, jeder wahrte seine Interessen und verteidigt sie so gut er kann. Völkerverständigung und Volksgemeinschaft, Nächstenliebe und Brüderlichkeit — nie ist mehr darüber verhandelt worden, geschrieben und gedruckt, als in diesen Zeiten. Aber der Vergnügungstempel ist so groß wie das Elend, die Not so groß wie der Luxus, der das so stark wie die Liebe...

Liebe...! Wie war das doch, als er Ingrid kennen lernte? Er hatte das Jungesellendasein satt, er wollte mehr als Arbeit und gelegentliche Ausspannung. Und es gab sich auch so, daß er zu dem neuen Posten, zu dieser Krönung seiner Erfolge als Organisator ganz gut ein großes Haus brauchen konnte, Gesellschaft und Basis für Repräsentation und neue Beziehungen. Man lebte nun einmal in einer Weltordnung, die auf solche Dinge allerlei Wert legte. Mühte, um es mit einer banalen Redewendung zu sagen, mit den Wölfen zu leben.

War er ehrlich, so hatte er sich zuvor über Ehe und Familiendinge nicht gar so besondere Gedanken gemacht. Eine gebildete, elegante, repräsentative Frau, zur rechten Zeit einen Erben, warum nicht...?! Dabei bei seinen Eltern dachte man ja noch anders darüber; doch diesen etwas engen, mittelständischen Verhältnissen war er schnell und gründlich entwachsen. Fröhlich auf sich selbst gestellt, gab er seiner Vergangenheit gelegentlich, was ihr gebührte, besuchte im Jahre einmal die Eltern, solange diese lebten, tat sich im übrigen in der Welt um, stieg rasch und sicher Stufe um Stufe empor, wurde Abteilungsleiter, Prototyp, Teilschreiber, löste seine Verpflichtungen, erkannte rechtzeitig die Zeichen

der Zeit, wurde im Kriege rekrutiert, organisierte eine Einlaufsabteilung für Seeresbedarf, hatte neberher sein bishen Vergnügen, kam, einmal wieder in Berlin, mit führenden Leuten zusammen, stellte sein Licht nicht unter den Scheffel, dachte die Unterstellungen eines Vorgesetzten auf, rückte an dessen Stelle, wurde Direktor, ging zur Konkurrenz und war heute der Herr Generaldirektor Alfred Blüme...

Damenbekanntschaften machte er genug. Aber er war, wie viele Männer, die alles sehr nüchtern und illusionlos leben, steiflich, ward es immer mehr, je älter er wurde. Dann, als er Ingrid kennen lernte, packte es ihn doch. Und daß er sich nun eine Frau leistete, die nichts hatte als ihre junge Schönheit, ihren wohlklingenden Namen und ihre Intelligenz, das war noch so ein Rest von Idealismus, eine gewisse Genugtuung für ihn, der alles aus eigener Kraft erreicht hatte.

Er mochte sich einreden, daß sich durch die Täuschung eigentlich nichts geändert hatte, die Person seiner Frau deshalb nicht weniger lebenswürdig blieb — ein gewisser Kierger, eine Enttäuschung war doch nicht völlig zu überwinden. Gerade weil er sich ganz auf die große Welt einstellte, die er sich bewußt eroberte, kam er über den Punkt, wo der Betrug Sensation und die Sensation für ihn zur Blamage werden konnte, nicht hinweg.

Nachdem sich nun doch die Polizei eingeemischt, nachdem die Sache nun diese Wendung genommen hatte, er durch Ellen Dalling zudem so mancherlei erfahren mußte, was für ihn als Gatten nicht gerade erbebend war, überdachte er die ferneren Folgen sehr kühl und nüchtern.

So prüfte er sich auf der Fahrt nach Berlin, ob seine Liebe zu Ingrid größer und stärker sein könnte, als die gesellschaftlichen Folgen ihrer Täuschung. So großzügig man sein — oder doch tun — konnte, man mußte Rücksichten nehmen. Und mancher — er kannte das doch! — würde diese Geschichte rücksichtslos gegen ihn ausnützen. Wer so hoch gestiegen war, wie er, hatte mehr Freunde als Feinde, nämlich so lange, wie man ihm nichts anhaben konnte. Schon mancher mußte es erleben, daß die guten Freunde sich als intrigante Feinde entpuppten, wenn es galt, die einmal bröckelnde Stellung eines lieben Nächsten völlig zu erschüttern.

In dieser Zeit, wo rationalisiert und abgebaut, geparkt und rücksichtslos umgruppiert wird, die wirtschaftliche Lage zu Zwangsmaßnahmen drängt, waren der bekannten und unbekannten Anwärter auf seinen Posten genug vorhanden. Jeder ist zu ersehen! Gewiß hatte er sich nach besten Möglichkeiten gefestigt und war so leicht nicht zu stürzen. Aber wo eine Lücke ist, kann bald eine Bresche entstehen. Einmal der Lächerlichkeit ausgeliefert, war es schwer, sein Ansehen wieder zu rechtfertigen und zu befestigen.

Schaltete er alle Empfindungen aus, drängte er die Empfindung zurück, daß Ingrid ihm durch die Jahre ihrer Ehegemein-

schaft doch auch rein als Mensch sehr viel näher gekommen war, so bleibt die nackte Tatsache, daß er einer Betrügerin ins Garn gegangen ist. Das Wort war hart, aber traf doch zu. Er hätte es sich eben doch überlegt, die Tochter eines Hauptlehrers aus irgend einem Bauerntat zu heiraten.

Er ist viel zu sehr von der Welt gefangen, in der er nun lebt, um sich zu der letzten Logik dieser Betrachtungen durchfinden zu können. Es gelang ihm, sich über die Masse Mensch emporzuschwingen. Und so sieht er eben immer nur die Malle, die wirtschaftlich und politisch beherbergt wird. Das Menschsein in einem geistigen, höheren Sinne muß ihm fremd sein. Für ihn ist es der Erfolg, der Erfolg verpflichtet und macht im übrigen das Leben angenehm, für seine Begriffe vielleicht überbaute ein Lebenswerk. Und dieser Erfolg muß für ihn, den Kaufmann, schlammig zu beweisen sein.

Er war in Sorge um seine Frau — und das ist nun doch sehr menschlich und männlich an ihm gewesen. Nun werden diese Sorgen von der größten Sorge dieses Mannes, von der um seine Geltung, überholt. Und das liegt ja nur nahe.

Liebe...?! Sie kann nur eine kleine Zahl im großen Rechenzettel derjenigen sein, die diese so sehr materialistische Zeit zwingen und beherbergen. Die Liebe ist ein schlichtes Wesen. Als Luxusgeschöpf nur eine Maste im Karneval der Zeit — Herr Generaldirektor!

17. Kapitel.

Die Aussprache...

Das ist nun so das übliche Bild der vornehmen Vergnügungssätten. Für viele, die immer nur das Scheinbild des Lebens sehen, der schönste Traum, wenn sie abheben stehen müssen.

Licht und Farbe, Prunk und moderne Ausstattung, zeitgemäße Musik, dezente Stimmung, Genuß und Wohlbehagen, während draußen das Leben jagt und das Schicksal seine Kreise zieht. — Und als nun ihr Mann eintritt, sich suchend umschaut, sie dann maßlos verwundert erkennt, da weiß es Frau Ingrid mit einmal, was sie bezweckt hat, als sie ihn hierher bestellte.

Zuerst nur spielerische Abkühlung, blüht sie nun auf den Grund der Wandlung, die in ihr vorgegangen ist. Genau so ist Generaldirektor Blüme einmal in jene Weinviere hereingekommen, wie eben, so blühte er sich damals suchend um, bemerkte sie, nahm in ihrer Nähe Platz und fand bald — von ihr befördert — eine Gelegenheit, mit ihr ein Gespräch anzuknüpfen.

Sie wußte es, wer er war und sorgte dafür, daß er es bald genug in Erfahrung bringen konnte, wer sie war. Eine kleine Komödie und doch ein Mittel zum Zweck, wie hundert andere auch. Auf diesen Wegen ist schon manche gute Partie zustande gekommen. Warum sonst so viel Aufwand in der Welt um diese Wege zu Liebe und Ehe...?!?

Jetzt nimmt ihr Mann bei ihr Platz, eine Unmutsfalte zwischen den Augenbrauen, ein fragendes Wort noch unausgesprochen auf den Lippen, das glattrasierte Gesicht von einer unerkennbaren Spannung erfüllt.

Ihr Schweigen, ihr Kleines, wie er meint, mokantes Lächeln reizen ihn, zu sagen —: „Nun, verehrte Baroness, warum gerade hier?!“

(Fortsetzung folgt.)

Was kostet ein Säugling?

Kinder werden zwar nicht gekauft, der Anschaffungspreis ist gleich Null, aber sie machen Kosten! Man mag sich gegen diese bei Amerikanern beliebige Art wehren, Menschenleben mit Geld und Geldeswert auf eine Stufe zu stellen. Allerdings ist es oft so, daß „wir“ können uns keine Kinder leisten“ von denen gesagt wird, die es ganz gut könnten. Aber immerhin: Kinder kosten erstens Zeit und zweitens Geld. In verschiedenen Stellen haben Mütter einmal genau Buch geführt über die Ausgaben für Erziehung, Kleidung, Pflege ihres Tüngsten. In der Gruppe „Die Frau als Mutter“ auf der Ausstellung Berlin 1933 „Die Frau“ (18. 3. bis 23. 4.) findet man z. B. eine Darstellung, wonach ein Säugling im ersten Jahre verzehrt hat: 92 Liter Muttermilch, 131 Liter Kuhmilch, 47,6 Kilo. Haisfleisch, 2 Kilo. Gries, 51,2 Kilo. Gemüse, 21 Stück Äpfel, 178½ Stück Apfelsinen, 108 Stück Bananen, 322 Stück Zwieback, 9 Pfund Zucker und 850 Gramm

Butter. Was hat diese Ernährung gekostet? RM. 115.—. Das macht also für den Tag rund 30 Pfg. Das sind die reinen Ernährungsstoffe. Für Seife, Puder, Waschmittel wären RM. 65.— nötig.

Interessante Untersuchungen hat man in Rußland und Amerika darüber gemacht: Wieviel Zeit braucht man für die Pflege? Die Mutter in Rußland braucht viel mehr Zeit als die amerikanische Mutter. Wohl nicht so sehr deswegen, weil die einen langamer arbeiten oder gewissenhafter sind, sondern weil im Wanderland der Technik und elektrischen Kompforten, fließenden warmen Wassers usw. manche Arbeit schneller gemacht wird als im ländlichen Rußland. Immerhin: Kinder kosten Zeit und Geld, aber Kinder bringen auch was ein, und zwar etwas, was man nicht kaufen kann für noch so viel Geld: Kinder sind das Glück der Völker!

Liebeswerben von Homer bis Napoleon.

Von Anna Lichtenstern.

Die Seele des Menschen ähnelt einem Uhrwerk. Sowie der Zeiger des Lebens eine bestimmte Stelle erreicht, sowie der Mensch „in die Jahre kommt“, beginnt er sich nach Liebe und nach dem Glück der Ehe zu sehnen. Diese Tatsache ist unumstößlich und unveränderlich. Aber die Art, hierbei zum Ziele zu kommen, d. i. die Handhabung des Werbens, änderte sich in jeder Epoche grundlegend. Die Brautwerbung unterliegt ebenso dem Wechsel der Zeiten wie die Mode überhaupt und das Verhältnis der Geschlechter im Besonderen. Die Stellung der Frau in der betreffenden Epoche, die Tatsache, ob gute oder schlechte Zeiten herrschen, ob von einem Männer- oder Frauenüberschuß gesprochen werden kann, spielen hier eine gewaltige Rolle.

kann, spielen hier eine gewaltige Rolle.
 Eine der zarjesten und poetischsten Stellen der Weltliteratur
 ist die Schöpfung der Bekanntschaft zwischen Odysseus und
 Nausikaa. Hier schildert Homer die reine, natürliche und an-
 mutige Unbefangenheit der damaligen Menschen, die ohne Scheu
 aus tiefer Menschlichkeit heraus dahinlebten. Nausikaa hat mit
 ihren Mädchen das Wäschebündel vollendet und ist eben dabei,
 Ball zu spielen, während ihre Hefserinnen aus dem Wagen das
 kalte Fleisch und den mit Wein gefüllten Schlauch hervorholen.
 Da fliegt der Ball ins Wasser, das hoch aufspritzt und den
 schlafenden Odysseus weckt. Nakt, je geradezu verbrüßelt sieht
 der tags zuvor einem Schiffbruch entgangene Mensch aus. Aber
 während die Mädchen erschrocken davonlaufen, kommt Nausikaa
 auf den Fremdling zu. Dieser — nicht umsonst heißt er der list-
 reiche — aber spricht die Worte, die auf jedes junge Mädchen den
 tiefsten Eindruck machen müssen. Er sagt: „Glücklich der Mann,
 der dich, Holdseligste, einstmals zum Garten erbält.“ Nausikaa
 Herz ist gewonnen und sie ist es, die dem Helben zur Heimfahrt
 verhilft. Etwas Reines und Herzerquickendes, eben das, was die
 Kultur des alten Hellas für uns verkörpert, atmet uns aus dieser
 Schilderung entgegen. Im bewußten dichterischen Gegensatz dazu
 stehen die Freier der Penelope. Diese immer noch schöne Frau,
 deren Gatte seit zwanzig Jahren vom Hause fern ist, wird stän-
 dig von Männern bedrängt, die in der Ehe ihren materiellen
 Vorteil suchen. Speculanten und Schmarotzer prassen im Hause
 der Penelope, die sich ihrer Freier nur durch eine List zu er-
 wehren vermag. Sie verspricht, einen von ihnen zu heiraten,
 wenn ihr Brautheud zu Ende gewebt ist. Nakt's trennt sie stets
 das Stief, das sie tagsüber vor den Augen ihrer ungeliebten
 Gäste aufsteigte, wieder auf.

Aus Homers Schriften, aus denen übrigens auch die wunder-
bar harmonische Ehe Sektors und Andromachas ersichtlich wird,
und der das Ehe- und Familienleben des Zeus, ähnlich dem eines
guten Hausvaters (Skiferi), ist zu erleben, das es bereits in Ur-
zeiten zweierlei Arten der Ehescheidung gab: Baare, die sich
aus reiner Liebe vereinigen, und solche, bei denen Geldinteressen
den Ausschlag geben.

Auch aus der Bibel erfahren wir interessante Dinge über die Brautwerbung der Urzeit. Nicht weniger als sieben Jahre freite Erzopater Jakob um Lea, aber er mußte auf Wunsch seines Schwiegervaters schließlich deren Schwester Rachel ehelichen. Der Rendezvousplatz der jungen Leute war damals der Dorfbrunnen. Wenn Lea dahin kam, um Wasser zu holen oder um die Kamele ihres Vaters zu tränken, stand Jakob sehnüßig wartend da. Aber nicht alle Frauen der Antike lernien die schöne Zeit des Unwordenseins kennen. Vießhaft war der Frauenraub im Schwange, und die Sabinerinnen z. B. wurden auf diese Weise gehehelt. Um dem Raube durch einen Mann zu entgegen, wurden heilsweiße die jungen Ägypterinnen jahrhundertlang verfaßten, nur daruß auf die Straße zu gehen. Das tatn sie aus Eitelkeit nicht und blieben lieber daheim. Der tieferer Zweck dieser Verordnung aber lag darin, sie keiner Gefahr aussetzen.

dieser Verlobung und die bescheidenste Frau des Alterthums war ebenfalls Kleopatra. Sie legte es darauf an, sowohl Cäsar als auch Marko Anton zu verführen, um ihrem durch die Belagerung der Römer gedemüthigten Volke wenigstens einen Theil der Schmach zu erparen. Uebrigens verlor auch Pertiles, der große Staatsmann der Athener, den Rehen einer gefährlichen Frau. Xanthe, eine Ausländerin, hatte sich in Athen festgesetzt, um in dieser reichen Stadt Verbrecher zu finden, und es gelang ihr, Pertiles zur Ehe zu überreden.

In aller Zeit war es der Vater oder ältere Bruder, der den künftigen Gatten seiner Tochter oder Schwester erwählte. Als Märos, der Volksführer und Republikaner zum Tyrannen Dionosius schlich, um ihn mit seinem im Gewande verborgenen Dolche zu töten, wurde er besänftigt von dessen Leibgarde ergriffen. Sein letzter und einziger Wunsch war, seine Verpflichtungen gegen die Schwester erfüllen und dieser einen Gatten freien zu dürfen. Auch Polystrates, der Tyrann von Samos, hatte die völlige Entscheidung, ob er seine Tochter verheiraten oder unverheiratet lassen sollte. Als er auszog, um sich mit dem fälschlichen persischen Satrapen Drotios zu verbinden, warnte ihn seine junge Tochter vor diesem verderblichen Tun. Rautenbrandt rief Polystrates: „Für dein mißtrauisches Reden will ich dich unvermählt sterben lassen.“ Die gute Tochter aber erwiderte sanft: „Lieber unvermählt bleiben, als den teuren Vater verlieren.“

Nach heute besteht im Orient die Sitte, daß der Vater oder Bruder für das junge Mädchen die Gattenwahl trifft. Nur am Freitagnamittag, ehe die Russins den heiligen Tag der Woche, an dem der Prophet starb, zu Ende gehen lassen, setzen sich die Mädchen vor das einsige vergitterte Fenster, das an der Vorderfront des Hauses angebracht ist. Die jungen Leute spazieren dann vorbei und durch Bild und Handbewegung werden Gefühle ausgetauscht und Zukunftspläne geschmiedet. Diese freitägliche Brautwahl heißt „Mschitru“ und bildet bereits einen gewöhnlichen Fortschritt vor anderen östlichen Völkern, denn die konservative Chinesin z. B. hat nicht einmal diese geringe Möglichkeit, etwas für ihre Zukunft zu tun. Als Bobo wird sie bereits verlobt, und die gute Sitte gebietet, daß sie ihres künftigen Gatten niemals auch nur die geringste Erwähnung thut. Erst wenn sie ihn am Hochzeitstage zum erstenmale erblickt, kann sie annähernd ermessen, welche Wahl ihr Vater für sie traf.

Die Stellung der Frau bezw. der Braut hing zu allen Zeiten mit dem jeweiligen Bildungsgrade des weiblichen Geschlechts zu-

kommen. Es gab Zeiten, wo die Frauen als Priesterinnen, Weisegerinnen und Verrätinnen großes Ansehen genossen, und es gab solche, wo der Grad von Achtung, die man ihnen zollte, recht gering war. Zur Zeit der Kreuzzüge stritten rohe Gewalt und Idealismus miteinander um den Vorrang. Es kam vor, daß weagelende Kreuzfahrer ihre Braut oder Gattin für Jahre in ein sicheres Verließ verschloffen, um ihrer Treue sicher sein zu können. Gleichzeitig suchten die Minnelänger und Troubadours die irdische Liebe in noch nie dagewesenem Maße zu verklären. Eine Romantik, wie sie die Welt niemals zuvor kannte, greift Plak. Es ist Ehrensache, Liebenden zu helfen. Man setzt sie bei der Tafel nebeneinander, gibt ihnen nur einen Teller und ein Messer, so daß der Mann genötigt ist, der Dame seines Herzens zu helfen. Schon Ovid hatte in seiner „ars amandi“ verschiedene Regeln aufgestellt, die die unworbene Frau bei Tische einhalten solle. Sie soll nicht viel essen, sondern an den Speisen nur nippen. Auch das Trinken steht ihr nicht an. Des Mittelalters greift auf diese Dinge, die man mit unerhörter Poesie verklärt, wieder zurück. Die Frau wird Herrscherin, Gebieterin, sie erhält unumschränkte Macht über Leben und Tod. Die Hand einer Schönen zu gewinnen, ist ein so unendlicher Vorzug, daß er nur durch schwere Opfer erkaufte werden kann. Walter Stolsing muß unter die Dichter und Komponisten gehen, um Copenhagens Hand zu erringen. Porcias Hand soll — wie Shatepeare in seinem „Kauimann von Benedig“ veranschaulicht, nur demjenigen gehören, der unter drei Käufern die richtige Wahl zu treffen vermag, und auch Schiller behandelt in seiner „Turandot“ ein ähnliches Thema. Die Braut selbst gewinnt etwas Heiliges und Verehrungswürdiges. Als der Ritter Petersberg aus Danzig im fünfzehnten Jahrhundert in Köln verhaftet wird, verfällt er auf den guten Gedanken, seine Braut kommen zu lassen. Dieser gelangt es, den bereits zum Tode verurtheilten Sommerläufer loszubitten. Reimar von Zweyer sang übrigens schon lange vorher: „flaw ein wolf zu zwu Browen, man muß ihu durch ihre Liebe leben lassen“. Die Frau wird Fürbitterin, Vorgesprecherin, Preisrichterin in Turnieren. In Italien erblühen zur Zeit der Renaissance berühmte Lettorinnen, Dozentinnen, Verrätinnen und weibliche Professoren, die an den dortigen Universitäten wirken. Am Ausgang des Mittelalters ist die Stellung der Frau ebenso hoch, wie sie es im frühen Altertum gewesen.

Die merkwürdigste Art der Brautwerbung war wohl im achtzehnten Jahrhundert zu beobachten, wo eine an chinesische Sitten gemahnende Beischäftigkeit üblich war. Selbst unsere Mütter und Großmütter vermochten sich von dieser Brautwerbungsmode noch nicht völlig zu befreien und die Brautbräue, Brautbesuche und Brautreden spielten damals eine gewaltige Rolle. Der junge Mann hielt nicht nur feierlich beim Vater der Braut um die Hand seiner Zukünftigen an, sondern sagte mannigfache verschörfte Phrasen, die nothgedrungen dazu gehörten, her. Die Braut aber selbst war die „holdseligste Gebieterin“, die „hellblühende Muse der dunklen Zukunft“, deren Liebreize weder mit dem taufrischen Morgen noch dem vollendeten Blumenstrauß wetteifern konnte. Sie erwies dem Freier, dessen Hand sie annahm, eine nie erwartete Ehre. Diese Phrasenhaflichkeit erreichte sehr bald geismadlose Ausartungen, die nur dadurch zu erklären sind, daß Vörfremdheit und Verhüllung wahrer Gefühle am guten Ton gehörten. Henry Beyle de Stenbald pflegte, ehe er in Gesellschaft ging, seine jeweiligen Gefühle auf seine Sostenträger zu schreiben, was die anwesenden jungen Mädchen stets bis zu Thränen rührte. Goethe traf sich mit Christiane Pulpius zur Zeit, als er sie umward, in seinem poetisch-romantischen Gartenhause, das heute noch in Weimar zu sehen ist. Christiane hatte den Schlüssel, der es öffnete. Als er sie einmal schlafend vorfand, wagte er nicht, sie zu wecken, sondern legte ihr ein schnell verfaßtes Gebieth, eine Arznei und einen vollerblihte Rose hin. Auf diese Weise wurde damals geworben.

Der Stiri wurde allmählich zur Kunst. Auch das anhorimische Salongebirch wurde Mode, bei dem man seine Gefühle nur andeutungsweise streifte, indem man sich verschiedene

Schmerz-Weiß in

Die Frau in der Kommunalarbeit.

In Hannover fand vom 13.—16. Februar eine vom **Deutschem Evangelischen Frauenbund** und seinem **Christlich-Sozialen Frauenseminar** veranstaltete **Kommunalpolitische Tagung** statt, die durch die nahen Neuwahlen der kommunalen Vertretungen von besonderer Bedeutung war. Unter den 35 Teilnehmerinnen waren eine große Reihe seit Jahren als Stadtverordnete tätiger Frauen, so daß ein lebhafter Erfahrungsaustausch auf allen Vorträgen folgenden Aussprachen außerordentlich wertvoll gestaltete. Die Leitung lag in den Händen der beiden bisherigen Stadtverordneten Frau Alsta Röttger-Berlin und Frau Dr. Jorns-Hannover. Ihre Vorträge über die „Aufgaben evangelischer Kommunalpolitik“ und über die „Finanznot und ihre Auswirkungen auf die kommunale Arbeit unter besonderer Berücksichtigung der Wohlfahrtspflege“ stellten klar die Auffassung heraus, daß die Mitarbeit der Frau, zumal der evangelischen Frau in der Kommune nicht entbehrlich werden kann. Auch die Darlegungen von Frau Stadtoberinspektör Rothig-Hannover über die Aufgaben der Gefährdeten-Hilfe und die Kritik am Reichsgeiz zur Befämpfung der Geschlechtskrankheiten waren ein dringender Ruf nach der Betätigung der Frau nicht nur zur karitativen Hilfe an den Gefährdeten, sondern zur geistigen Mitarbeit an ethischen Fragen. In ein für die Frau besonders wichtiges Gebiet führte Dr. Annerose Fröblich-Hannover ein mit dem Thema: „Schul- und Erziehungsfragen innerhalb der Kommunalpolitik“. Die Aufgaben für die Frau sind hier so umfassend wie auf kaum einem anderen Gebiet, zumal in unserer gegenwärtigen Lage mit der wieder startumkritisierten Frage nach dem Ziel und dem klaren Weg zur neuen Mädchenbildung, die dem Wesen der Frau entspricht.

In die für jede Kommune so bedeutsame Frage der Siedlung führte noch Dr. Jagow-Spandau ein und zeigte auch hier die entscheidende Bedeutung der Mitarbeit der Frau, während Dr. Deitrich-Hannover mit seiner Darlegung des augenblicklichen Standes der Brütungsfrage sich nur scheinbar von kommunalpolitischen Problemen entfernte: erst die „Erreichung des Zieles der Gleichberechtigung“ wird die Grundlage schaffen für den Wiederaufbau unseres nationalen Lebens und damit die Möglichkeit, während der Entfaltung jeder kommunalen Arbeit.

Der Vortrag der Bundesvorsitzenden Frau D. Mueller-Diedrich über die Aufgaben der deutsch-evangelischen Frau im öffentlichen Leben fasste am Schluss noch einmal die Gedanken zusammen und forderte die unbedingten Notwendigkeit der Mitarbeit der Frau im öffentlichen Leben. Sie muß aus dem Gefühl der Verantwortung ihre besonderen Gaben und Kräfte für das Wohl des Volkes einbringen.

Zeichen, ja häufig einer als Geheimverständigung zwischen Leuten üblichen Blumenprache bediente. Seine Jagde in seiner ironischen Art, daß die Herren am Teetisch ästhetisch, die Damen aber von hartem Gefühl bezeugt seien. Man scheute in der That die Wirklichkeit und verlebte die Wahrheit, so gut man es vermochte. Nach Nietzsche spricht zu seiner Zeit von dem „Pathos der Distanz“, weil man sich überall scheute, seine Gefühle klipp und klar zu äußern, weil Schamgefühl und Brüderliebe hoch im Kurie standen und Käsefetzen um Gefühle, Geheimnistuerei und sentimentale Gedächtnisse den Lebensinhalt junger Mädchen bildeten. Der Tanz, der ja stets die Rolle des Vermittlers spielte, Schäferszenen, Mondschneepartien, Gartenfeste, kurz, Situationen, die eine gewisse Romantik erforderlich machten, standen damals in Gunst. Man spielte Blindekuh und Verleiden, um sich hierbei attualien und befähigen zu können, man führte, um auch den Mädchen Gelegenheit zu einer Gefühlsäußerung zu geben, beim Tanze die Damenwahl ein. Veralicht man diese ganze Art mit unserer heutigen auf moderner Sachlichkeit beruhenden Annäherung der Geschlechter, die sich bei Sport, Spiel und gemeinsamer Berufsarbeit harmlos und ungekünstelt kennen lernen, so tritt der gewaltige Seelenunterschied zwischen einst und jetzt in seiner ganzen Kräßheit in Erscheinung.

Zulezt sei noch Napoleons Brautbrief an Marie Luise von Habsburg, den er im Jahre 1812 nach Wien richtete, mitgeteilt. Der erste französische Kaiser, der ungefähr zwei Jahrzehnte voran Josephine Beauharnais die glückseligsten Braut- und Liebesbriefe geschrieben, verfiel bei seiner zweiten allerdings nicht reinen Herzensgefühlen, sondern nüchternen Politik entfernungen Werbung nachstehendes Schreiben: „Die glänzenden Eigenschaften, die Ihre Person auszeichnen, haben in Uns den Wunsch erregt, Ihnen zu dienen und Sie zu ehren. Indem wir Uns an den Kaiser, Ihren Vater, mit der Bitte wenden, Uns das Glück Ihrer Kaiserlichen Hoheit anzuvertrauen, dürfen wir hoffen, daß Sie die Gefühle, die Uns zu diesem Schritt veranlassen, grädig annehmen. Wenn Ihre Kaiserliche Hoheit nur eine Spur von Neigung für Uns übrig hat, wollen Wir diese Gefühle sorgfältig pflegen, und es zu Unserer höchsten Aufgabe machen, Ihnen immer und in allem angenehm zu sein, so daß wir glücklich sein werden, eines Tages Ihre ganze Liebe gewonnen zu haben.“

Dielem Brautbrief lag ein in diamantenen Rahmen gefaßtes Bild Napoleons bei. Als Marie Luise an der französischen Landesgrenze ihren Verlobten zum erstenmale sah, sprach sie die Worte: „Ihr Bild war nicht gemeinlich, Sire“. Anmut, leichte Koetterie und Zurückhaltung tennzeichnen eben damals die Beziehungen der Geisler. Die Brautzeit war schön, aber sie war vom jellischen Standpunkte aus die schwierigste des ganzen Lebens. — Die heutige Braut hat es entschieden besser.

Schwarz-Weiß in der neuen Mode.



Von links nach rechts:

1. Ein weißer Schal, weiße Einsätze und weiße Schmuckknöpfe beleben das schwarze Diagonalwollkleid mit neuartigen Vermeilen.
2. Ein Westenteil und die weite, puffyge Oberärmel aus weißer Spitze betonen die nachmittägliche Eleganz des aparten Kleides aus schwarzer Deming-Seide.

3. Eine weiße Passe und weiße Blenden helfen das Nachmittagskleid aus schwarzem Wollecrepe mit der neuartigen Stihouette und den weiten Reulenaermeln auf.
4. Ein Oberteil aus weichem Seidencrepe hat das Nachmittagskleid aus schwarzem Crepe Romain, mit Quastengarnierung, das eine Jacke aus Crepe Romain ergänzt.

Mk. 7000.—
auf 1. Hypothek geliehen
Angeb. n. 7508 a. d. C.

Ich hab' den Berg erstiegen, der euch noch müde macht.
Dum weint nicht, meine Lieben, ich werd' zur Ruh gebracht.

Heute morgen 2 Uhr entschlief plötzlich und unerwartet,
infolge Schlaganfalles, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter,
Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Wwe. Johann Kaiser

Johanne geb. Klein
im Alter von 63 Jahren.

In tiefer Trauer:

Maria Rüb geb. Kaiser, Otto Rüb
Ernst Kaiser
Elfriede Mattuscheck geb. Kaiser, Rudolf Mattuscheck
Grete Ostmann geb. Kaiser, Ernst Ostmann
Eise Kaiser
Hans Wieden
6 Enkelkinder.

Solingen (Grünwalderstr. 100), Solingen-Höhscheid, Mülheim,
Schlitz-Hessen, Frankfurt a. M., den 21. Februar 1933.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 23. Februar 1933,
nachmittags 2½ Uhr von der Friedhofskapelle Höhscheid aus
mit Frauenbegleitung statt.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Einladung erhalten
haben, so bitten wir, diese als solche zu betrachten.



Die Hand und
ihre Zeichen
sprechen.
Stiller, Kö-
nigstr. 118, II.
Eing. Weim.
Jed. Donner-
tag 2-8 Uhr.

Jansen's Schreib- und
Vervielfältigungsbüro
Soling. Bergstr. 34 a
Telefon 228 57
erled. alle schriftl.
Arbeiten priv. und
geschäftl. Art.

4000 RM. Hypothek
auf erbl. Wohnhaus
gel. Zinsen werden aus
Vorfällig. fällig.
Ang. u. 7641 a. d. G.

Dr. Goldfisch, ganzsch.

Industrie-

Kartoffeln

Etr. 2,80, 10 Pfd. 30 a

la. Stückkohlen Etr. 1,40

la. Ruß III. . . Etr. 1,45

Bricketts . . . Etr. 1,10

Bricketts auf Erwerbs-

lofenstein 1,02

Zeichen-Pagerkoble auf

Erwerbslofenstein 98 a

Lieferung Haus per Etr.

15 a höher.

Verlauf nur Vormittag.

Artur Flabb

Solingen, Industriest. 4

Gutes Mittel gegen

Grippe lind

Feinheits- u. Böh-

ringe sind 9 Pfd. nur

Wagner St. 10 Pfd.

Diejenigen, die das lau-

ter Güte auf das lau-

berste u. schmackhafte

selbst mariniert. Süß

15 Pfd. Spezialität seit

über 40 Jahren, sowie

Samt. Lebensmittel

gut u. billig empfiehlt

Paul Goldhoff

I. Ostwall 20.

Wir liefern der heutig.

Wirtschaftslage Rech-

Arbeit war Dein Leben, nie dachtest Du an Dich.
Nur für die Deinen streben, war Deine höchste Pflicht.

Dienstag früh verschied unerwartet, nach kur-
zem, schwerem Leiden, gestärkt durch die Heils-
mittel der röm.-kath. Kirche, unser lieber Vater,
Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater, Schwager
und Onkel

Johann Wagner

im Alter von 77 Jahren und 3 Monaten.

In tiefer Trauer:

Geschwister Wagner
und Anverwandte.

Solingen (St. Josefs-Kloster), Düsseldorf, Neß
und Oberbrechen, den 22. Februar 1933.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 23. Febr.
1933, nachm. 2½ Uhr v. St. Josefs-Kloster Krahen-
höhe aus mit Frauenbegleitung nach dem Friedhof
Schabergerstr. statt. Die feierl. Exequien werden
Donnerstag morg. 9 Uhr in St. Josef Krahenhöhe geh.
Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige
erhalten haben, so bittet man, diese als solche
zu betrachten.

Statt Karten.

Für die überaus herzliche Teilnahme beim Tode
unserer lieben unverglichen Tochter u. Schwester,
für die vielen tröstlichen Worte und Anerken-
nungen, sagen wir auf diesem Wege Allen unseren
herzlichsten Dank.

Familie Gustav Hornbruch.

Solingen-Höhscheid (Köcherstr. 25), d. 22. Febr. 1933.

Sargmagazin Wilh. Tönges

Schützenstr. 97, Telef. 258 35

Lieferung von Särgen in jed. Ausführung

Kommst zu Geld und weiß nicht wie,
spielst bei Meis Du Lotterie.

Kölner Dombau-Geld-
Lose 3 Mark. — Versand
auch u. Nachnahme.

Ziehung schon diese Woche
Freitag — Samstag.

Meis, Solingen, Staatl. Lotterie-Ein-
nehmer, Kölnerstraße 109, Ecke
Weyersberg, neb. Hotel Deutsch. Haus.

Unkündb. Darlehen zu 3%

d. d. Demotie

zur Entschuldung, zu Studiengeldern, zum Kauf

von Mobilen, zur Abklopfung von teuren Kre-

diten, zur Tilgung von Verbindlichkeiten.

W. Fuhrmann, Solingen, Schützenstr. 188.

Sprechstunden 9-10 Uhr und 17-19 Uhr, au

Wittwochs und Samstags nachmittags, andere

Zeiten nur nach Anmeldung.

Qualitätsfische!

Angelschellfisch, Kabeljau, Heilbutt, Kots-

ungen, gewaschener u. gewaschener Stöckfisch,
echte Bratbückinge etc.

Wwe. Caspar Wilkens

Telef. 208 33. Mühlenplatz.

4 Kamm. Gasherd zum

Baden, Braten u. Heizen

Die billigste schreibenbe

Additionsmaschine

nur 10 Taster, zeigt

Ihnen ununterbrochen

Schreibmaschinen-Nach

Solingen, Telefon 21771

Hauptstraße 52.

Kaffertling-Bolier-

und Abziehmaschinen

billig abzugeben.

Mangenh. Weidenstr. 11

Führerschleifens

Motorrad

200 cm. billig abzug.

Mangenh. Weidenstr. 11

Hochgelegenes

Speisezimmer

tauschf. Kupb., selten

schön. Modell, umstände-

halber spottbillig zu

verkaufen.

Ang. u. 0469 a. d. G.

Gehr. Bett, Kleider-

schrank, Herd etc. billig

zu verkauf. Erzberger-

Notstands-Kundgebung

sämtlicher Wirte von Groß-Solingen

am Freitag, dem 24. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Kaisergarten
(Inh. Paul Peters), Merscheid.
Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist Pflicht.

Tanzschule Waluga

Solingen, Blumenstraße 119 Tel. 204 53

Kursus für Anfänger beginnt morgen.

Donnerstag, 23. Febr., abends 8½ Uhr.

Jederzeit Privat-Unterricht, sowie Kurse für Ehepaare,
geschl. Zirkel und Vereine. Anmeldungen zu jeder Zeit.
Der Unterricht findet in meinen eigenen Privat-Tanzräumen
Blumenstraße 119 statt.

Voranzeige: Samstag, d. 4. März, Tanz- u. Unterhaltungs-
abend im Restaurant Gröhl, Solingen.

E. Müller jr., Solingen

Friedrichstraße 50 Telefon 256 85

Anstrich-Betrieb

Gegründet 1872

Eriedlung von Anträgen zur Erlangung des
Reichszuschusses bei Instandsetzungs-Arbeiten.

Amtliche Veröffentlichungen.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit sind nachfolgend aufgeführte

Gegenstände als gefunden gemeldet bezw. abge-

geben worden:

Bei der Stadt. Straßenbahn Solingen:

13 Schirme, 5 Pakete, 9 H. Handtasche, 1 Kisten-

tasche, 2 Geldbörsen mit Inhalt, 1 Koffer,

ohne Inhalt, 1 Schlüssel, 1 Siegelring, 1 Füll-

federhalter, 4 Kettchen, 1 Kettchenwider, 1 Heu-

erzeug, 1 Herrenmütze, 1 Mantelknopf,

1 Häkelnadel, 1 Modeheft.

Bei dem Stadt. Polizeibezirk 1 im Stadt-

hause Solingen: 1 Geldbörse mit Inhalt, 1 Da-

menpelz, 1 Regenkleid, 1 Geldbeutel,

mehrere Hundes als zugekauft gemeldet.

Bei dem Stadt. Polizeibezirk 2 im Rathaus

Solingen-Höhscheid: 3 Damenhandtaschen m. Inhalt.

Bei dem Stadt. Polizeibezirk 3 im Rathaus

Solingen-Wald: 1 Paket mit Werkzeug, 1 Sand-

tasche mit Inhalt.

Solingen, den 17. Februar 1933.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Bekanntmachung.

Die Abrechnung über die zum vorläufigen

Ausbau der Reichstraße von Wittfellerstraße bis

Heutampfenstraße in Solingen-Wald gemachten

Aufwendungen liegt nebst einer Berechnung der

auf die einzelnen Grundstücke entfallenden An-

teile zur Einsicht der angrenzenden Eigentümer

vom 23. Februar 1933 vier Wochen lang bei

der Bauverwaltung, Solingen, Kölnstraße 136,

2. Eingang, Abt. Anliegerbeiträge, offen.

Solingen, den 17. Februar 1933.

Der Bürgermeister.

Vergleichsverfahren.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Ernst

Breuhaus, Inhaber der Firma Ernst Breuhaus,

Solingen (Kohlen, Zuttermittel, Kartoffel) wird

heute, am 20. Februar 1933, 17 Uhr, das Ver-

gleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses

eröffnet. Der Rechtsanwalt Dr. Widenbach in

Solingen wird zur Vertrauensperson ernannt.

Zu Mitgliedern des Gläubigerausschusses



Anzeigen

sind gute

Verkaufshelfer!

Schöne

4 Zimmerwohng.

mit Bad, Heizung und

Garage, m. dahinterlieg.

Fabrikräumen,

ca. 100 qm. in zentr. Lage

Sol.-Wald zu vermiet.

Ang. u. 7606 an d. G.

Am 1. 4. 33 wird eine

abgeschlossene

4 Zimm.-Wohn.,

1. Etg., eventl. m. einer

Küche frei.

Näh. d. Dentist Föhrer,

Blumenstr. 1.

Reeres Zimmer an

alleinst. Pers. zu

vermieten. Höhscheid,

Stübchenstr. 2, 1. Egt.

Ang. u. 0472 a. d. G.

Zu mieten

gesucht

Werkstatt

u. Büroraum

evtl. kleiner Laden

mit od. ohne 4-5 Z.

Wohnung, im Zen-

trum v. Alt-Solingen,

nur an verkehrst. reich.

Strasse, gesucht.

Pünktl. Miete.

Ang. u. 0472 a. d. G.

Grünwald-Lichtspiele

Solingen
Donnerstag, Freitag und Samstag,
tägl. nachm. 2.30 Uhr, Einlaß 1.45 Uhr:

Märchen-Festspiele

für Groß und Klein.
Der herrliche Märchen-Tonfilm.

Getreu nach den Brüdern Grimm.

Gr. Märchen-Vorprogramm.

Vorprogr. 3.30, Hänsel u. Gretel 3 Uhr

Kinder 25, 35 und 50 Pfg.

Erwachsene 40, 50 und 70 Pfg.

Der erste deutsche

Märchen-Tonfilm.

100%

Achtung!!!

Unser Filmprogramm

„Grün ist die Heide“

beginnt pünktlich um 4 Uhr

Einladung

Aufklärender

Lichtbild-

Vortrag

Eintritt frei!

Donnerstag, den 23. Febr. 1933.

nachmittags 4 Uhr, abends 8 Uhr.

Rest. Wengenroth, Sol., Hochstr. 13:

Völlig neue Wege

zur Erlangung dauernder Gesund-

heit u. zur erfolgreichen Bekämpfung

aller Krankheiten, wie

Rheumatismus, Gicht, Steinleiden, Arterien-

verkalk, Zuckerkrankheit, Fettsucht, Asthma,

Herz-, Magen- und Darmkrankheiten, Stuhl-

verstopfung, Krampfadern, offene Beine,

Hämorrhoiden, Nervenkrankheiten, Blutmot.

Referent: Herr Direktor Kluge,

in Deutschland und im Ausland be-

kannt durch seine fesselnden, inter-

essanten Vorträge.

Jugendliche haben keinen Zutritt.

Nicht mit ähnlichen hier gehaltenen

Vorträgen zu verwechseln.

Eintritt frei!

Burg Hohenscheidt

Herrliche Winterlandschaft

Skigelände

Gehetzte Restaurationsräume

C. Weise.

Wer übernimmt

für Verandgeschäft sachgemäßen Einzug

von Forderungen (Katen) an Private

als Nebenbeschäftigung.

Angebote unter 7629 an die Geschäftsst.

2- od. 3 Zimmer-

Wohnung

zu mieten gesucht.

Ang. u. 7658 a. d. G.

Zum 1. April od. später

3-4 Z.-Wohnung

mit Küche und Neben-

gelass, ev. mit Heizung,

von kinderlos. Ehep. ge-

l. Ang. u. 7635 a. d. G.

Beamter sucht

6-7 Zimmer-Wohnung

oder Einfamilienhaus

mit Garten zum 1. April

zu mieten.

Ang. u. 7671 an die G.

2 Zimmer-Wohnung

und 1 Speicher, zu

mieten bei Mietsicher

Ang. u. 7630 an die G.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis.

Burg a. d. W.

bg. Generalversammlung der Sterbefälle „Selbsthilfe“.
Während die letzte Generalversammlung von 66 Mitgliedern besucht war, hatten sich gestern 15 eingefunden; man war zur Tat beschlußfähig. Die Tagesordnung bot keine „Senation“, sondern ernste Arbeit sollte hier gewürdigt werden. Da fehlt leider das Interesse. Die Mitgliederzahl umfaßt 734 Erwachsene und 151 Kinder. Die Sterbefälle hielten sich auf dem Stand der Vorjahre, nämlich 12. Sie sind fast ausschließlich durch Neuaufnahme von acht Erwachsenen und drei Kindern. Der Kassenbericht zeigte folgendes Bild: Einnahme 1095,41 Mark, Ausgabe 781,12 Mark, Bestand 314,29 Mark. Dazu kommen 630,12 Mark ausstehende Forderungen an einen ehemaligen Kassierer und seinen Helfer, so daß buchnäßig ein Bestand von 944,41 Mark vorhanden ist. Die Kassenprüfer O. Sped und R. Wirths haben am 16. Januar d. J. Kasse und Belege geprüft; zu Beanstandungen lag kein Grund vor. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die beiden Prüfer wurden für das kommende Jahr wiedergewählt.

bg. Stimmzettel für die Reichs- und Landtagswahl.
Stimmzettel werden unter den gesetzlichen Bestimmungen auf dem Rathaus in den üblichen Dienststunden bis zum 4. März auf Antrag ausgestellt. Verlorene gegangene Stimmzettel werden nicht ersetzt.

bg. Seinen 80. Geburtstag feiert am heutigen Tage unser Mitbürger Karl Marquardt. Trotz seines hohen Alters ist das Geburtstagskind noch recht rüstig, arbeitet in Feld und Garten und führt sachtundig durch die Burger Saalhalle.

bg. Weibefähigen. Die Polizeiverwaltung macht darauf aufmerksam, daß das Abpfücken und Abschneiden von Weibefähigen unter Strafe gestellt ist. Auch ist der Verkauf derselben nur auf Grund besonderer Erlaubnissscheine gestattet.

Leichlingen.

Ehrentag für Karl Schmitz.

Nachdem bereits am Vorabend seines Geburtstages verschiedene hiesige Gesangsvereine dem 100jährigen Geburtstagskind Karl Schmitz das Festständchen dargebracht hatten, folgte gestern das Gros der Gratulanten. Freunde und Bekannte von Schmitz hatten seine Wohnung festlich geschmückt und schon frühzeitig die Glückwünsche und Geschenke überbracht.

Am Vormittag erschienen die Vertreter der Staatsregierung, Landrat Trimborn, sowie Bürgermeister Gerhardt und übermittelten Glückwünsche und Geschenke der Reichsregierung und des Reichspräsidenten. Zahlreiche Vertreter der hiesigen Vereine und Korporationen überbrachten ebenfalls ihre Glückwünsche und Geschenke. Ueberhaupt herrschte vom frühen Vormittag an bei Karl Schmitz „Hochbetrieb“. Landjägerbeamte und die Feuerwehrlente „vom Berg“ mükten die Ordnung auf-

rechterhalten. Schmitz nahm an allem recht lebhaften Anteil. Er war sichtlich über die so überaus vielen Glückwünsche und Geschenke gerührt und erfreut. Auch den ihm übermittelten Glückwunsch durch den Rundfunk nahm der Hundertjährige sehr erfreut auf. Im ganzen war es ein schöner Freuden- und Ehrentag, der ihm in seinem weiteren Lebensweg stets in Erinnerung bleiben wird.

Die „Bürgerlichen“ und SPD. geben ihre Kandidaten bekannt.

Nach längeren Verhandlungen mit den einzelnen Berufsgruppen ist die „Bürgerliche Mitte“ gestern zur endgültigen Aufstellung und Bekanntgabe ihrer Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung gekommen. Die Bewerber sind:

1. Fritz Stöver, Gastwirt.
2. Aug. Friedrich, Kabinant.
3. Carl Becker, Landwirt, Scheuerhof.
4. Herm. Höfner, Bürovorsteher.
5. P. Meichers, Schweißer, Bortenrath.

Auf der Liste der SPD. kandidieren:

1. Paul Schaal, Redakteur.
2. Rosa Meigner, Hausfrau.
3. Florenz Biehl, Stadtkassier.
4. Hugo Hentels, Feldtrake.

Die SPD., wie auch die KPD., haben ihre Listen bisher noch nicht veröffentlicht.

Langerfeld

La. Ein bedauerlicher Autounfall ereignete sich gestern morgen gegen 6 Uhr auf der Opladenerstraße unweit der Trompeterstraße. Der Arbeiter Sch. wurde auf dem Wege zur Arbeitsstätte von einem auswärtigen Personenzug angefahren und schwer verletzt. Er wurde sofort ins Opladener Krankenhaus gebracht. Die Untersuchung ist eingeleitet.

La. 91 Jahre alt. Frau Wwe. Maria Ederk zu Immig-rath, Hardt 14, wird heute 91 Jahre alt. Die Jubilarin erfreut sich trotz hohen Alters noch einer verhältnismäßig guten Gesundheit.

Gerechtsvollzieher für Levertulsen.

Wie die Solinger Industrie- und Handelskammer mitteilt, hat der Oberlandesgerichtspräsident in Düsseldorf, einem Wunsch der beteiligten Wirtschaftskreise folgend, zwei Gerechtsvollziehern in Levertulsen den dienstlichen Wohnsitz angewiesen. Zum 1. April 1933 wird der Obergerichtsvollzieher Deventer aus Oberhausen an das Amtsgericht in Opladen verlegt; sein dienstlicher Wohnsitz wird Levertulsen-Wiesdorf sein. Zum gleichen Zeitpunkt ist dem Gerechtsvollzieher H. G. Günthe beim Amtsgericht in Opladen der dienstliche Wohnsitz in Levertulsen-Schlebusch 2 angewiesen.

Lohn und Arbeit.

Schiedspruch für das mitteldeutsche Baugewerbe abgelehnt. Weiterverhandlung in Berlin.

Wb. Leipzig, 21. Febr. In dem Lohnkonflikt im mitteldeutschen Baugewerbe (Provinz Sachsen und Anhalt) ist in später Nachtstunden vom Schlichter für Mitteldeutschland ein Schieds-spruch gefällt worden, der einen Spitzenlohn für Facharbeiter auf 87 Pfennige festsetzt, und zwar mit einer Laufdauer vom 3. März 1933 bis 28. Februar 1934. Die Entscheidung des Schlichters ist von Arbeitgeberseite abgelehnt worden, so daß, da kein Sonderfall vorliegt, die Verhandlungen heute in Berlin weitergeführt werden müssen.

Neue Erdstöße im Oberrheingebiet.

Wb. Karlsruhe, 21. Febr. Heute nachmittags, etwa um 4,50 Uhr, wurden hier zwei heftige Erdstöße verspürt. Wb. Heidelberg, 21. Febr. Die Sternwarte auf dem Königstuhl meldet, daß heute nachmittags zwei Erdstöße festgestellt wurden, deren Herd wieder in größter Nähe zu suchen ist. Der erste Stoß kam um 16,46 Uhr, der zweite um 16,49,22 Uhr. Die Verdensformung ist ebenfalls etwa 70 Kilometer von Heidelberg entfernt und auch wiederum in süd-südwestlicher Richtung zu suchen. Das wurde ungefähr die gleiche Gegend sein wie am 8. Februar.

Wb. Karlsruhe, 21. Febr. Die Seismographen des Geodätischen Instituts der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten heute nachmittags um 16,46 Uhr und 16,49 Uhr zwei heftige Erdstöße, deren Epizentrum nach den vorläufigen Berechnungen in einer Entfernung von 50 bis 80 km liegt. In Pforzheim und Eppingen wurden die Erdstöße stärker verspürt als bei dem Karlsruher Beben vom 8. Februar. Auch in Bruchsal machte sich das Erdbeben durch Glasrücken bemerkbar.

Wie aus Karlsruh berichtet wird, sind dort heute zwischen 3 und 4 Uhr und heute vormittags 8,30 Uhr leichte Erderschütterungen wahrgenommen worden. Meldungen über Sachschäden durch das neue Erdbeben sind bisher nicht bekannt geworden. Die Erdstöße traten um die gleiche Zeit besonders heftig auf in Karlsruhe, Karlsruhe Freiburg und Lahr. Auch in Stuttgart wurde das Naturereignis recht deutlich wahrgenommen. Ueber die weitere Ausdehnung ist augenblicklich noch nichts Genaues bekannt.

Kurznachrichten.

Wb. Dortmund, 21. Febr. Der Termin der Revision im Prozeß gegen die früheren Generaldirektoren der V. G. W., Fischer und Krone, ist auf den 13. März vor dem Dritten Straßengericht in Leipzig angelegt worden.

Wb. Paris, 21. Febr. Nach einer Meldung des „Journal“ aus Paris sind an der spanischen Westküste während der letzten Stürme ein in Bilbao beheimateter 400-Tonnen-Dampfer mit der gesamten 11 Mann starken Besatzung und eine Motorbarke mit zwei Mann gesunken. Das Blatt meldet weiter heftige Schneestürme in ganz Spanien, durch die verschiedene Züge eingeleitet worden seien.

Mitteilungen aus den Vereinen.

Der Bezirksverband Düsseldorf des Verbandes der deutschen Reichspost- und Telegraphenbeamten e. V. beging am 11. Februar in den festlich geschmückten Räumen der Gesellschaft „Verein“ die Feier seines 25jährigen Bestehens, die eine überaus zahlreiche Beteiligung aufwies. Unter den Ehren Gästen befanden sich zahlreiche Vertreter der Oberpostdirektion, unter ihnen Präsident Schenk, Abteilungsleiter Steinmann und der Leiter der Personalabteilung Oberpostrat Sparr. Ferner sah man den Leiter des Fernsprechnetzes Düsseldorf und die Leiter der Telegraphenämter Essen und Aachen. Der Rheinisch-Westfälische Frauenverband und der Düsseldorf-Stadtverband für Frauenbestrebungen waren durch ihre Vorsitzenden Frau Dänhoff und Frau Clafon vertreten, ferner war die Leiterin der Niederrheinischen Frauenakademie Frau Dr. Gertel bei der Feier anwesend. Auch das Bezirkskarneval „Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet“ und das Ortskarneval Düsseldorf des Deutschen Beamtenbundes, ferner sämtliche Beamtenorganisationen der deutschen Reichspost und die Deutsche Postfachenschaft sowie der Bezirksausschuß, der Bezirksbetriebsrat und der Postvorsitzende hatten Vertreter entsandt. Zur großen Freude aller Mitglieder des Bezirksvereins nahm auch die 1. Verbandsvorstandsversammlung, Frau Elke Kolschhorn, persönlich an der Feier teil. Auch die benachbarten Bezirksvereine Köln, Dortmund und Aachen hatten es sich nicht nehmen lassen, Vertreterinnen zu entsenden. Die 1. Vorstehende des Bezirksvereins Frau Magda Fischer gab in ihrer Begrüßungsansprache ein lautes Bild vom Wachstum und Werden des Bezirksvereins in seinen ersten 25 Jahren. Nach den Rückblicken der Bekanntschaft und Sportaktivität folgte die Zeit des Ausblicks, die an die Mission der Beamtenchaft des Rheinisch-Westfälischen Industriegebiets die höchsten Anforderungen stellte, auf die die Beamtenchaft aber auch mit größtem Stolz zurück-

schauen kann. In den letzten Jahren — und bis heute — beschäftigen den Bezirksverein vor allem die durch die Technisierung und Rationalisierung des Betriebes verursachten Sorgen. Am Schluß ihrer Ausführungen dankte Frau Fischer allen, die am Aufbau und Ausbau und an der Erhaltung der Organisation mitgeholfen hätten, und gab dem Wunsch Ausdruck, daß sich die Arbeit des Bezirksvereins auch weiterhin zum Segen seiner Mitglieder und im Dienste unseres Volkes auswirken möge. Die Glückwünsche der Verwaltung und der anwesenden Behördenvertreter überbrachte Präsident Schenk, der dem Bezirksverein versicherte, daß seine Arbeit von der Verwaltung stets hochgeschätzt werden sei. Bezugnehmend auf die von der 1. Vorstehenden ausgesprochenen Befürchtungen über die Auswirkungen der Entlohnung der Technik für das Personal erklärte er, daß man wohl die Zeit als überwinden ansetzen könne, in der die Technik allzu sehr im Mittelpunkt stehen habe. Die Grüße und Glückwünsche der Vereinigung der höheren Post- und Telegraphenbeamten überbrachte Postbaurat Hecht, der des Rheinisch-Westfälischen Frauenverbandes Frau Dänhoff, für den Stadtverband für Frauenbestrebungen sprach Frau Clafon, für den Deutschen Beamtenbund und Oberpostdirektor Duffe, für die übrigen anwesenden Organisationen des Personals der Deutschen Reichspost und den Bezirksausschuß Postinspektor Ritzus. Den Dank und die Grüße der angeschlossenen Vereine und Ortsgruppen übermittelte die Vorsitzende des Kreisvereins Essen, Frau Macziossek. Aus allen Begrüßungsansprachen klang eine ehrliche Anerkennung und Wertschätzung der erfolgreichen Arbeit der Organisation des weiblichen Personals der Deutschen Reichspost. Anschließend sprach die 1. Verbandsvor-sitzende, Frau Elke Kolschhorn, Berlin, die dem Bezirksverein die Glückwünsche des Verbandes der deutschen Reichspost- und Telegraphen-beamtinnen zu dem bedeutsamen Fest seines 25jährigen Bestehens überbrachte. Im Rückblick dankte die Rednerin dem Bezirksverein Düsseldorf und seinen Führerinnen für die Pionierarbeit, die sie hier am Rhein geleistet hätten und für die treue Arbeit für Stand und Vaterland in all den langen Jahren. Doch man über den Bezirksverein stets das Ganze gesehen habe, dieser Wille, miteinander zu wandern, sei es gewesen, der dem Verband die Erfolge, den Aufstieg gebracht habe. Der Gedanke, zum Gange zu streben, der die Bezirksvereine bei der Verbandsgemeinschaft befestigt habe, habe auch den Verband zur Mitarbeit in den großen Spitzenverbänden der Frauen und der Beamten, dem Deutschen Beamtenbund und dem Bund Deutscher Frauenvereine geführt. Auf dem zurückgelegten Wege hätten viele Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Wenn es aber dennoch gelungen sei, in einer Zeit, in der das Auseinanderfallen auf der Tagesordnung stehe, den Verband einig und geeinigt zu erhalten, dann läge hierin wohl „reiche Zukunftshoffnung“. Man dürfe mit diesem Dank auf das Gelingen und Gewordene zurückblicken. Die Führerschaft wolle den Mitgliedern dafür dank, und es sei immer ein gegenseitiges Geben und Nehmen gewesen. Bezugnehmend auf die Ausführungen des Präsidenten der Oberpostdirektion zur Rationalisierung erklärte die Rednerin, daß, wenn der Verband seine Pflicht getan habe, es in der Frage der Rationalisierung gewesen sei. Es sei nicht nur die Frage des Bestehens des Arbeitsplatzes gewesen, sondern die große Sorge deutscher Frauen um die Verbindung deutschen Geisteslebens durch die Maschinenwelt. Eine Arbeits-planung und Arbeitszeitverabreichung wäre ein wirksamer Ausweg für die schweren Anforderungen im Betriebsdienst der Deutschen Reichspost. Frau Kolschhorn gedachte dann ganz besonders der Rolle der Angestellten als Postfachfrauen, denen sie die Versicherung gab, daß ihre Sorgen dem Verband ganz besonders am Herzen lägen. Am Schluß ihrer Ausführungen dankte sie dem Bezirksverein und seinen Führerinnen nochmals für das, was sie für den großen Gedanken des Zusammenrückens getan hätten. Wie man stolz und dankbar zurückblicken dürfe, so dürfe man auch mutig vorwärts schauen. „Komme, was da kommen mag, der Sturm wird manches Blatt bewegen, der Sturm wird stehen.“ Die Anreden waren umrahmt von musikalischen Vorträgen der jungen Tüfteldorfer Pianistin Anneliese Fackler, deren fünfteilige Darbietungen die Anwesenden erheiterten. Frä. Gudelberger und Frä. Kolschhorn vom Fernsprechnetz Düsseldorf brachten, begleitet von Frä. Siebeck, mehrere Lieder zu Gehör und erheiterten die Festteilnehmerinnen mit ihren schönen, wohlgeschulten Stimmen. Den Schluß des reichen Programms bildete ein von den Beamtinnen des Fernsprechnetzes aufgeführtes Märchenstück „Hansel und Gretel“, das nach einem Märchen aus „Lauten und Nacht“ von der Hohland-Schule bearbeitet worden ist. Die Hohland-Gymnasiallehrerin Anbia Still hatte das Spiel mit viel Liebe eingeübt und den Spielerinnen wurde wohlverdienter Beifall zuteil. Ein froher Tanz, um dessen Musik sich Frä. Kolschhorn und eine Mitarbeiterin sehr verdient gemacht haben, bildete den Schluß des wohl gelungenen Festes.

Ginwenie.

Ein Aufführungs-vortrag mit einer Reihe von Lichtbildern über die Elektrizität der Rohstoffstrahlen (ohne Verbindung mit Elektrizität oder Apparaten) findet am Donnerstag, dem 23. Februar 1933, nachmittags 4 Uhr, abends 8 Uhr, im Restaurant Wengertoth, Solingen, Hochstraße 13, statt. (Siehe Inserat.)

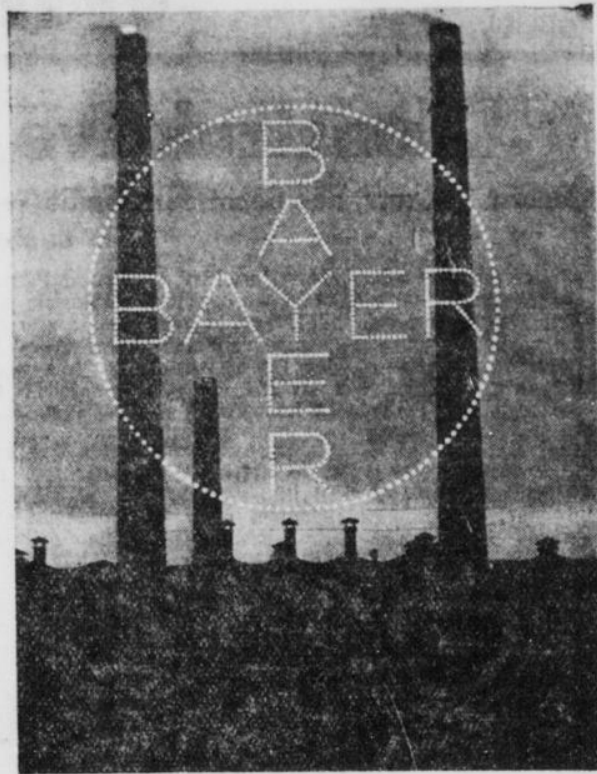
Wetterdienst des Solinger Tageblattes.

Wetterlage von heute morgen.

(Wetterdienststelle Essen.)

Auch das neue Tief, das uns gestern verbreiteten Schneefall brachte, wandert wie seine Vorgänger in südlicher Richtung weiter und liegt heute über der Nordsee. Erneut steigt der Luftdruck über Nordeuropa stark an. Damit verlagert sich der tiefe

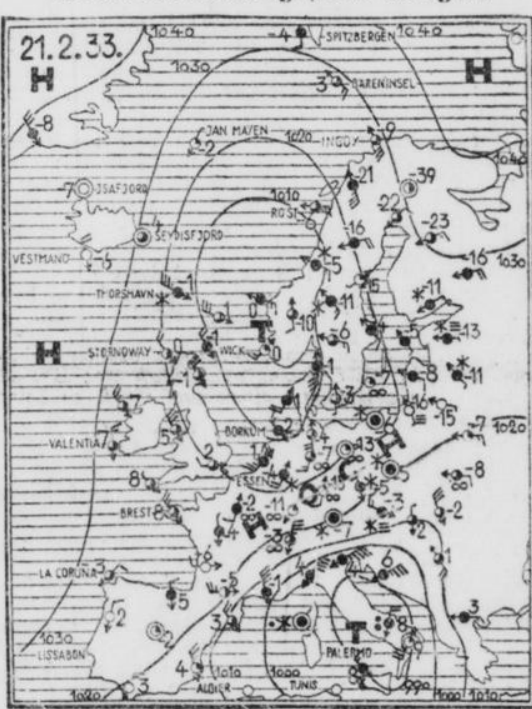
Ein neues technisches Wunder am Rhein.



Auf dem Werk Levertulsen der S. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft wurde, wie wir gestern berichteten, das größte freihängende Licht-seilen der Welt durch den Erbauer der Fabrik, Geheimrat Düsselberg, eingeweiht. Unser Bild zeigt eine Nachtaufnahme vom „Bayer-Kreuz“.

Drud wieder nach dem Mittelmeer und bei Winddrehung nach Nordost wird die sehr kalte Luft, die ganz Nordeuropa beherrscht, erneut nach Westdeutschland vortoben. Damit steht ein neuer Kälteeinbruch bevor. Da sich durch die gestrigen Schneefälle zugleich eine zusammenhängende Schneedecke gebildet hat, wird die Wärmeabstrahlung noch besonders begünstigt, so daß nachts Frost zu erwarten ist.

Wetterkarte von gestern morgen.



Erläuterungen zur Wetterkarte von gestern morgen.

Das Mittelmeertief hat sich verstärkt, und auch das Nordmeertief ist noch sehr wirksam. Zwischen beiden führt eine Hochdruckbrücke vom russischen zum westlichen Hoch.

Beobachtungen der Solinger Wetterwarte vom 22. Februar 1933

Zeit	Barometer auf Meeres-höhe der mm	Wind richt. und Stärke	Temp. Cel.	Niederschlag mm	Luftfeuchtigkeit Prozent	Wetter
7 1/2 Uhr morg.	755,7	still	-1,8	3,8	94	Nebel
12 Uhr mittag.	756,0	NW 2	-0,6	3,7	84	halb bedeckt

Wetterausichten bis Donnerstag abend.

Bei mäßigen nach Nordost drehenden Winden rasch sinkende Temperaturen, zunächst noch wolfig, mit einzelnen leichten Schneefällen, dann zunehmende Aufheiterung und nachts starker Frost.

Wintersport.

Ort	Temp.	Schnee-höhe	Schnee-neu	Schnee-be-schaffenheit	Sport-möglichkeit
Sauerland					
Kahle Auen (Winterb.)	-7	45	10	Fulver Schnee	sehr gut
Uffeln (Waldeck)	-5	30	0	"	"
und Wilsingen	-	-	-	"	"
Meinerzhagen	-5	12-15	5	Fulver Schnee	sehr gut
Lüdenscheid	-4	25-30	5	"	gut
Saarg. Alpen					
Garmisch-Partenkirchen	-6	19	5	Fulver Schnee	sehr gut
Berchtesgaden	-6	20	15	"	"
Oberstdorf	-10	25	-	"	"
Schwarzwald					
Triberg	-7	7	2	Fulver Schnee	mäßig
Feldberg	-	-	-	"	"
Saarg. Harz					
Schierke	-7	45	2	Fulver Schnee	sehr gut
Braunlage	-7	45	2	"	"
Thüringer Wald					
Oberhof	-8	35	-	Fulver Schnee	sehr gut
Eintracht	-9	28	-	"	"
Schmiede	-	-	-	"	"

Schluß des redaktionellen Teiles

Die jüngste Entwicklung des Luft- und Kraftfahrzeugbaues läßt deutlich erkennen, daß dem zukünftigen Ingenieur noch ein weites Gebiet der Entwicklung und Verwirklichung offensteht. Als erste technische Lehranstalt Deutschlands hat das Kfz-Hochschule-Technikum in Bad Frankenhausen diese Gebiete in seinem Lehrplan aufgenommen. In herrlicher Lage am Fuße des Kyffhäuser-Gebirges, gestalten die günstigen Lebensverhältnisse von Bad Frankenhausen schon mit geringen Mitteln ein fruchtbares Studium durchzuführen. Weitere Auskunft und Überlegung des Unterrichtsprogramms erbitten man vom Kfz-Hochschule-Technikum.

Konstruktive Handelspolitik.

Industrieschutz, das Gebot der Stunde — Das englische Beispiel — Wohin steuert die deutsche Handelspolitik?

Der nachfolgende Aufsatz beschäftigt sich mit Fragen, die besonders vom Standpunkt der Exportindustrie von aktueller Bedeutung sind und die zweifellos auch in der morgigen Sitzung des neugegründeten Ausschusses für Industrie und Handel der Deutschen Nationalen Volkspartei bei Gröhl erörtert werden dürften. Wir empfehlen ihn deswegen der besonderen Beachtung. Die Redaktion.

Diese brennende Wirtschaftsfrage muß angesichts der Tatsache, daß der deutsche Ausfuhrüberschuß im Januar 1933 nur noch 23 Millionen RM. erreicht hat, gegen etwa 100 Millionen RM. im Jahresdurchschnitt 1932 und etwa 240 Millionen RM. im Jahresdurchschnitt 1931, ihre Beantwortung finden, wenn das deutsche Kapital- und Währungssystem nicht nur 1933 intakt bleiben, sondern die notwendige Stärkung erfahren soll. Die Tatsache, daß, nach dem Stande des Monats Januar 1933, der deutsche Ausfuhrüberschuß für das ganze laufende Jahr nur 300 Millionen RM. betragen würde bei einer gleichzeitigen deutschen Leistung an das Ausland von 1500 Millionen RM. beleuchtet blitzartig die ganze Schwere der deutschen Situation. Hat die deutsche Regierung es in der Hand, die drohenden Währungssorgen zu beseitigen? Denn es ist ja bekannt, daß die deutsche Reichsbank im Jahre 1932 durch Gold- und Devisenzahlungen an das Ausland die Passivität der deutschen Zahlungsbilanz ausgeglichen hat. Diese Frage kann nicht ohne weiteres beantwortet werden, insofern gegenwärtig der Gold- und Devisenbestand der deutschen Reichsbank die 900 Millionen RM.-Grenze kaum übersteigt und dieser Betrag zuzüglich der voraussichtlichen Aktivität der deutschen Handelsbilanz 1933 in der geschätzten Höhe von 300 Millionen RM. kaum ausreichen würde, um die deutschen Zahlungen an das Ausland 1933 gänzlich leisten zu können, ganz abgesehen davon, daß eine Gold- und Devisenabgabe des deutschen Notenbankinstituts in dem erwähnten Umfang an der Deckungsfrage des deutschen Notenumlaufs scheitern müßte. Es verbliebe der Ausweg einer weiteren Zinssenkung für deutsche Auslandsanleihen und Kredite, ferner die Möglichkeit der Bewilligung einer ausländischen Währungsanleihe für Deutschland. Nun sieht das soeben zustandekommene Stillhalteabkommen für die kurzfristigen Auslandsanleihen und Kredite aber nur eine unzureichende Zinskürzung vor, wenn man die deutsche Zahlungsfähigkeit nach dem gegenwärtigen Stand zu Grunde legt. Andererseits hat Dr. Luther dieser Tage in Frankfurt vor der Auflegung neuer Auslandsanleihen gewarnt.

Als letzter Ausweg aus der deutschen Währungswangslage verbliebe theoretisch die weitere Eindämmung der deutschen Einfuhr, und dieser Weg ist dieser Tage durch neue Zoll-erhöhungen der Reichsregierung beschränkt worden. Wir ver- raten kein Geheimnis, wenn wir erklären, daß die jüngsten Zollmaßnahmen fast ausschließlich zum Schutze der Landwirt- schaft dienen. Es soll nun unter keinen Umständen die schwere Notlage der Landwirtschaft in Deutschland bestritten werden, dennoch dürften Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, wie man am besten das jeder Wirtschaftspolitik ge- meinsame Ziel der Besserung der Gesamtwirtschaftslage er- reicht. Wir glauben aber behaupten zu dürfen, daß die durch frühere Regierungen eingeleitete deutsche Agrarschutzpolitik ihren vollständigen Fehlschlag bereits im Jahre 1932 erwiesen hat, denn die Ausfuhr des Industriestaates England ist in der Zeit von 1931 bis 1932 insgesamt nur von 389,1 Millionen Pfund Sterling auf 365,1 Millionen Pfund Sterling zurückgegangen, oder um etwa 6%, während die deutsche Gesamtwarenausfuhr sich gleichzeitig von 9598,6 Millionen RM. auf 5739,1 Millionen RM. oder um rund 40% senkte. Eine Prüfung der deutschen Außenhandelsstatistik 1931 und 1932 zeigt aber eindeutig, daß der Rückgang der deutschen Ausfuhr und insbesondere des Ausfuhrüberschusses vornehmlich im deutschen Europa- und Ost- ausfuhr ist. Von der deutschen Gesamtausfuhr 1931 von 9598,6 Millionen RM. entfielen auf Europa allein 7777,8 Millionen RM. und vom deutschen Totalexport 1932 von 5739,1 Millionen RM. 4646,5 Millionen RM. An dem Rückgang der deutschen Gesamtausfuhr von insgesamt 3860 Millionen RM. war der Minderabsatz nach Europa mit 3131 Millionen RM. beteiligt oder mit 81%, gegen 19% der Ausfuhr nach Übersee. Es ist aber eine Fehlkalkulation, wenn man annimmt, daß sich der deutsche Exportverlust auf eine entsprechende Verringerung der Gesamteinfuhr der europäischen Staaten aufbaut. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß sich die europäischen Staaten, und hier namentlich die Länder der landwirtschaftlichen Veredelung, von deutschen Industriewaren losgesagt haben, aus dem ein- fachen Grunde, weil die Gegenmaßnahmen des Auslandes gegen die deutsche Agrarschutzpolitik, soweit Europa in Frage steht, die deutschen Waren verteuerten oder selbst von der Einfuhr ausschlossen, zu Gunsten anderer Fertigwarenexporteure. In- besondere Großbritannien vermochte in der Zeit von 1931 bis 1932 seinen Export nach Dänemark, den Ostseestaaten, nach Portugal, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien usw. bis zu 50% zu bessern, während umgekehrt Deutschland nach den gleichen Gebieten bis zu 60prozentige Ausfuhrverluste 1932 gegen 1931 zu beklagen hatte.

Wir begründeten bereits die deutschen Ausfuhrverluste 1932 nach den europäischen Ländern mit einer ausgesprochen land- wirtschaftlichen Veredelung. So fiel der deutsche Export 1931 bis 1932 nach Dänemark von 369,7 Millionen RM. auf 164,7 Millionen RM., nach Polen von 140,9 auf 70,5 Millionen RM., nach Estland von 19,6 auf 10,8 Millionen RM., nach Finnland von 90,7 auf 45,4 Millionen RM., nach Italien von 340,8 auf 223,1 Millionen RM., nach Holland von 954,6 auf 632,8 Millionen RM., und diese Reihe ließe sich auf die südosteuropäischen Agrar- staaten und auf die Holz, Fisch etc. liefernden nordischen Staaten beliebig ausdehnen. Überall zeigen die Daten, daß der Nutzen der gegen die europäischen Staaten gerichteten deut- schen Agrarzölle in keinem Verhältnis zu den schweren Schäden steht, die der deutschen Fertigwarenausfuhr 1932 entstanden sind.

Kölner Marktberichte.

Kölner Hauptmarkt. WP. Köln, 21. Febr. Es kosteten im Großhandel: Kartoffeln, gelbe Nieren 3.50-4.—, blaue 5.—, In- dustrie 2.20-2.70, holl. Erstlinge (Saatkartoffeln) 6.— RM. der Zentner. Grünkohl 4-7, Rotkohl 3-5, Weißkohl 1.8-3, Wirsing- kohl 3.5-6, Rosenkohl 15-16, Feldsalat 50-80, Karotten 3-4, Weiße Rüben 3.5-6, Spinat 13-18, Steckrüben 2.5-3, Möhren 3-5, Ketten- salat 50-60, Zwiebeln 5.5-6 Pfg. das Pfund. Die ersten hiesigen Radieschen aus dem Treibhaus 12-15, Schwarzwurzeln 10-12 Pfg. das Gebund. Weißkohl 4-10, Rotkohl 5-15, Wirsing 6-18, Kohl- rabi 2-4, Sellerieknochen bis 20, Rettich 2-5, Meerrettich bis 25 Pfg. das Stück. Molkebutter 1-1.10, Landbutter 0.90-1.00 Pfg. das Pfund. Eier 8.5-11 Pfg. das Stück. Kochäpfel 10-17, Eßäpfel 17-30, Baumnüsse 30-50 Pfg. das Pfund.

Kölner Produktenbörse. ST. Köln, 21. Febr. Notierungen in RM. für 100 kg Frachtlage Köln, Weizen rhein. 74-74½ kg 20.90, Weizen ausl. 23-24.50, Roggen rhein. 16.50, dto. nord-

Der fundamentale Fehler, der (auf das Ganze gesehen) deut- schen, in sich widerspruchsvollen Schutzzollpolitik zu Gunsten der landwirtschaftlichen Veredelung und der Getreidewirtschaft ist offenkundig. Der Ruf nach einer Revision der deutschen Handelspolitik wird daher immer lauter.

Was aber ließe sich an die Stelle der deutschen landwirt- schaftlichen Schutzzollpolitik setzen, ohne die Existenz der deutschen Landwirtschaft zu gefährden? Diese Fragestellung gilt es dahin zu erweitern, wie man den deutschen Währungs- schwierigkeiten 1933 gegebenenfalls begegnen will. Die Ant- wort auf das doppelte Problem ergibt sich durch die Struk- tur der deutschen Wirtschaft. Noch heute hat das Wort Be- rechtigung, daß Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel be- sitzt, wenn es zum Agrarstaat zurückkehren will. So betrachtet ist Deutschlands Größe und politische Bedeutung mit dem Schicksal seiner Industrie auf das Engste verknüpft.

Aufgabe einer konstruktiven deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik muß es daher bleiben, die Industrie zu schützen und zu fördern, damit das Millionen-Arbeitslosen- heer von der Straße verschwindet und der Landwirtschaft neue breite Käuferschichten zuführt.

England hat Deutschland im verflossenen Jahr ein Muster- beispiel dafür geliefert, daß ein Industriestaat industrielle Schutzzollpolitik treiben muß. Wir lehnen es ab zu verlangen, daß die deutsche Regierung die englischen handelspolitischen Maßnahmen kopieren soll, betonen jedoch, daß die englische In- dustrieschutzoll-Politik bewirkt hat, daß die englische Gesamt- wareneinfuhr von 862,1 Millionen Pfund Sterling auf 703 Mil- lionen Pfund Sterling gefallen ist oder um 159 Millionen Pfund Sterling, während sich der Export nur um 23 Millionen Pfund Sterling gleichzeitig senkte. Deutschland erlitt insbesondere einen Rückgang der Fertigwareneinfuhr nach England, und die eng- lischen Gesamtbezüge aus Deutschland ermäßigten sich von 64,1 Millionen Pfund Sterling für 1931 auf 30,4 Millionen Pfund Sterling für 1932. Die englische Einfuhr aus dem Industri- staat U. S. A. verringerte sich entsprechend wegen der eng- lischen Industrieschutzollpolitik von 104 Millionen Pfund Ster- ling auf 83,6 Millionen Pfund Sterling, aus dem Industriestaat Frankreich von 40,9 Millionen Pfund Sterling auf 19 Mil- lionen Pfund Sterling, und aus dem Industriestaat Belgien von 33,2 Millionen Pfund Sterling auf 15,9 Millionen Pfund Sterling.

Deutschland importierte trotz der Notlage seiner Fertig- warenindustrie gemäß der Position „Fertige Waren“ der deut- schen Außenhandelsstatistik im Jahre 1931 für nicht weniger als 1224 Millionen RM. Fertigwaren und 1932 immer noch für 727 Millionen RM., wodurch etwa 240 000 Arbeiter erwerbslos wur- den. Der größte Teil dieses Fertigwarenimports stammt aus den U. S. A., aus Großbritannien, Frankreich, Belgien-Luxem- burg, Tschechoslowakei usw., also aus Staaten, die selbst eine industrielle Schutzzollpolitik treiben und sich gegen die Fertig- wareneinfuhr aus Deutschland gerade 1932 weiter abgekapselt haben. Aus den Ländern Europas mit landwirtschaftlicher Ver- edelung treffen nur geringe Mengen Fertigwaren in Deutsch- land ein.

Wenn es sich deshalb aus Währungsgründen als not- wendig erweisen sollte, die deutsche Einfuhr einzudäm- men, so sollte man den Fertigwarenimport Deutschlands beschränken, unter Einschuß der Eisenfabrikate.

Hierdurch würde die deutsche Regierung in ihren Handelsver- tragsverhandlungen mit den Industriestaaten eine scharfe Waffe in die Hand bekommen, man brauchte die Einfuhr aus den Agrar-Veredelungsländern Holland, Dänemark, den Ostsee- staaten, Rußland und den nordischen Staaten, die unsere wich- tigsten Abnehmer geworden sind, nicht zu beeinträchtigen. Der deutschen Getreidewirtschaft zuliebe sollte man zwar die Ge- treidezölle beibehalten und den verbilligten Getreidebezug der deutschen landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft durch Frachtenverbilligung und ähnliche innerwirtschaftliche Maß- nahmen fördern.

Durch den so gezeichneten Schutz der Industrie und der Getreidewirtschaft des Ostens Deutschlands eröffnen sich, ge- samtwirtschaftlich betrachtet, folgende Aussichten: Verringe- rung der Fertigwareneinfuhr, Besserung des Exports nach den europäischen Staaten mit landwirtschaftlicher Veredelungswirt- schaft, Verhandlungszölle mit den europäischen Industriestaaten.

Das aber muß das Ziel einer jeden konstruktiven deutschen und Handels- und Wirtschaftspolitik sein:

Mittelstands-Bank e. G. m. b. H., Solingen.

6 Prozent Dividende — Gute Liquidität.

Wie wir gestern schon kurz berichteten, hielt die Mittel- stands-Bank e. G. m. b. H., Solingen, am 20. Februar ihre gut besuchte 15. ordentliche Generalversammlung im Hotel „Deut- sches Haus“ ab.

Die Jahresrechnung wurde eingehend erläutert und gelangte darauf zur allgemeinen Aussprache. Der als Gast erschienene Vorsitzende des Rheinischen Genossenschaftsverbandes, Direktor Dr. Jungblodt hielt einen interessanten Vortrag, in dem er u. a. einen Appell an die Mitglieder richtete, recht fleißig mit ihrer Kreditgenossenschaft zu arbeiten. Das seien die Mitglieder ihrer Genossenschaft schuldig. Landtagsabgeordneter Meistermann stellte fest, daß man sich bei den Umsätzen, den die mittelständischen Geschäfte noch heute hätten, noch mehr der Bank bedienen müsse.

Aus der Jahresrechnung wurde folgendes hervorgehoben. Die Bilanzsumme stieg von RM. 1 120 715 auf 1 190 683. Das Eigenkapital erhöhte sich eben- falls von RM. 96 392 auf RM. 110 243 (ohne Reserven). Der Mitgliederzugang betrug unter Berücksichtigung des Abganges 18. Es konnten im ganzen 67 Mitglieder aufgenommen werden.

deutscher 16.50-16.75, dto. ausl. 18.40-18.80, Hafer hiesiger 13.50 bis 14, Wintergerste inl. neu 17.25, Sommergerste inl. 17.50-18.50, Mais grober 19.50-20, Weizenmehl 70% inl. 27.25-27.75, Rhein. Weizenbäckermehl mit Auslandsweizen 27.50-28, Roggenmehl 70% 22.75-23.25, dto. mit Auslandsroggen 23.50-23.75, Roggen- schrot inl. 19-19.50, Roggenschrot von Auslandsroggen 20.75-21, Weizenkleie 7.50-9.25, Roggenkleie 7.25-7.75, Bietreber 11-12, Leinkuchenmehl 38% 10.75-11, Erbsenbuckeneiweißmehl 50% 10.60 bis 10.90, Erbsenbuckeneiweißmehl 54% 11.60-11.90, Sojasechrot (extra- hirt) 46% 9.75-10.15, Rapskuchen 38% 8.75, Palmkernkuchen lose 21% 10.25-10.50, Trockenschnitzel lose 7.50, Zuckerschnitzel lose 9-9.20, Rohmelasse 6.75-8, Wiesenheu inl. lose neu 5-5.60, Kleehheu inl. lose neu 6.40-7.20, Roggenstroh gepr. 1.40-1.50, Weizenstroh gepr. 1.35-1.40, Haferstroh gepr. 1.35-1.40. — Kölner Butterpreise. ST. Köln, 21. Febr. Butter 1. Qualität 190, Butter 2. Qualität 174, Butter 3. Qualität 164.

Täglicher Kurznachrichtendienst.

Die Arbeitslosigkeit im Rheinland hat in der ersten Februarhälfte eine weitere leichte Erhöhung in der Hauptsache durch Freisetzen im Baugewerbe und in den Baubehangewerben erfahren. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen ist von 737 000 am 31. 1. 1933 auf 743 796 am 15. 2. 1933 ge- stiegen. Die verhältnismäßig günstige Entwicklung der Pro- duktionsgüterindustrien in den letzten Monaten des Jahres 1932 hat im wesentlichen keine Fortsetzung erfahren. Der Beschäfti- gungsgrad wurde zum Teil in verschiedenen Betrieben der Metallgroßindustrie gehalten, ist aber zum Teil wieder abgesun- ken. In der metallverarbeitenden Industrie tritt besonders wieder der Mangel an Auslandsaufträgen hervor. In der Gruppe der Konsumgüterindustrien hat besonders der Einzelhandel im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe eine weitere Verschlech- terung erfahren. Der Rückgang der Einkommensverhältnisse wird dadurch gekennzeichnet, daß in der Lebensmittelbranche nur die allerbilligsten Qualitäten bevorzugt gefragt werden. Im Baugewerbe ist die Zahl der arbeitsuchenden Baufach- arbeiter mit rund 63 000 ohne wesentliche Verschlechterung geblieben. Dagegen ist in der Zahl der Bauhilfs- und der sonstigen ungelerten Arbeiter eine Erhöhung eingetreten. Die Ausschüttung der zusätzlichen Reichsmittel hat sich hier noch nicht ausgewirkt. Nach den Berichten der Arbeitsämter steht jedoch zu erwarten, daß die ausgeschütteten Mittel ausreichen werden, dem Baugewerbe zu Beginn des Frühjahrs einen starken Auftrieb zu geben.

Förderung der Fertigwarenausfuhr nach Europa, durch Erleichterung der Einfuhr veredelter landwirtschaftlicher Produkte, damit Deutschland mit Hilfe seines Exportüber- schusses nicht nur die ermäßigten Auslandszinsen zahlen, sondern darüber hinaus auch an die Auffüllung der Gold- und Devisenbestände der Reichsbank schreiten kann.

Wir werden zeigen, daß die deutsche Landwirtschaft, soweit die Veredelungsbetriebe in Frage stehen, die größten Nutznießer einer solchen Wirtschafts- und Handelspolitik sein würden. Zu- nächst unterstellen wir, daß trotz aller Agrarzölle die Lage der deutschen Landwirtschaft sich immer weiter verschlechtert hat. Dies nimmt kein Wunder, denn die ausländischen Agrarwirt- schaften sind wegen der Verankerung mit der Weltwirtschaft evtl. auf eine Verlastung angewiesen, um die dringendsten Fertigwarenbedürfnisse zu befriedigen. Beweis: In Holland wird gegenwärtig im Großhandel der niedrigste Butterpreis aller Zeiten mit 50 Guldencents oder 98 Pfennig per Kilogramm gehandelt, und das Resultat äußert sich durch weiteren Preis- druck am deutschen Buttermarkt. Wir haben hier die berühmte Schraube ohne Ende.

Würde Deutschland die Fertigwareneinfuhr entweder durch industrielle Schutzzölle weiter eindämmen oder besser die anderen Industriestaaten zwingen können, mit Hilfe von Verhand- lungszölle deutsche Fertigwaren in früheren Mengen abzu- nehmen, würde ferner die Wiederherstellung früherer Zollver- hältnisse bei der deutschen Einfuhr veredelter landwirtschaft- licher Produkte in Angriff genommen, würde man mit größter Wahrscheinlichkeit auf eine starke Wiedererhöhung des deut- schen Exports und des deutschen Ausfuhrüberschusses nach Europa rechnen dürfen, der im Jahre 1929 nicht weniger als 2,9 Milliarden RM. erreichte. Auch nur ein annähernder Stand des Exportaktivums nach Europa würde gestatten, den deutschen Zinsverpflichtungen an das Ausland nachzukommen, den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank zu erhöhen, die Kredit- fähigkeit des Notenbankinstituts zu heben, eine Erweiterung des deutschen Notenumlaufs und die hiermit in der Regel ver- knüpfte Kapitalneubildung zu fördern, das hohe deutsche Zins- niveau zu senken und hierdurch langfristige Anlagen vorzu- bereiten. Hiermit wären die Voraussetzungen für die Arbeits- beschaffung auf natürlichem Wege ebenso gegeben wie die Senkung der Fabrikationskosten und der deutschen Fertig- warenpreise. Dadurch würde es gelingen, die Erwerbslosen allmählich von der Straße zu bringen und insbesondere durch die Verbilligung der Fertigwarenpreise die Kaufkraft der Arbeitnehmer für landwirtschaftliche Produkte, insbesondere der landwirtschaftlichen Veredelungsindustrie, derart zu heben, daß nicht nur die gesamte deutsche Landwirtschaft einen größeren Umsatz und bessere Notierungen erzielen könnte, sondern daß vielmehr auch, wie in früheren Jahren, die Agrareinfuhr die deutsche Landwirtschaft nicht so belasten würden wie der heutige Zinsdruck und der Preisdruck der ausländischen Agrar- wirtschaft am deutschen Markt.

Der Weg aber zur Pflege des deutschen Binnenmarktes führt wegen der Währungsverhältnisse nur über die För- derung der deutschen Ausfuhr, namentlich nach den europäischen Staaten.

Das Gesamt-Garantiekapital der Bank beträgt RM. 352 000 und setzt sich zusammen aus: Eingezahltes Kapital RM. 110 243, noch nicht eingezahlt RM. 65 757, Haftsumme RM. 176 000. Das noch nicht eingezahlte Kapital erklärt sich aus den monatlichen Ratenzahlungen von RM. 10 auf den Geschäftsanteil, welche statutenmäßig zulässig sind.

Die Spareinlagen stiegen von RM. 800 053 auf RM. 844 291. Die Kontenanzahl konnte sich ebenfalls erhöhen. Sie beträgt 857. Die Spareinlagen hielten sich sehr stabil. Die Einzahlungen überstiegen die Auszahlungen. Die Scheckeinlagen hielten sich ebenso stabil und konnten sich auch etwas erhöhen. Die Kon- tenanzahl stieg ebenfalls.

Die ausgewiesenen Kredite belaufen sich auf RM. 871 229 und sind gegen gute Realsicherheiten gedeckt, mit Ausnahme einiger Kredite, welche öffentlichen Körperschaften gegeben sind. Es wurden im Jahre 1932 insgesamt RM. 72 700 an Krediten frei- willig zurückgezahlt, ein unbedingtes Zeichen für die Bonität der Kredite, während im Berichtsjahr RM. 139 000 an Krediten Mitgliedern zur Verfügung gestellt worden sind. Bei Kredit- gewährungen entscheiden stets die Kreditwürdigkeit und die Sicherheit, selbstverständlich auch die Liquidität.

Der Wechselbestand beträgt RM. 40 636 und setzt sich aus guten Warenwechseln zusammen. Zum größten Teil ist der Wechselbestand rediskontierbar.

Die Flüssigkeit des Unternehmens ist gut, sie beträgt RM. 274 805 (ohne Wechselbestand). Die Rentabilität der Bank ist eine gute. Trotz der guten Flüssigkeit kann die Bank es sich leisten, Kredite ihren Mitgliedern zum Netto-Zinssatz von 6½% einschließlich aller Provisionen bei 100prozent. Auszahlung zur Verfügung zu stellen.

Der Reingewinn beträgt RM. 8486. Es wurde eine Dividende von 6% genehmigt, welche ab 21. Februar 1933 fällig ist. Der Restbetrag wurde den Reserven überwiesen.

Der Umsatz beträgt RM. 14 300 000. Die Jahresrechnung wurde einstimmig angenommen.

Nachdem der Revisionsbericht verlesen und erörtert wurde, konnten Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt werden. Es schieden satzungsgemäß aus dem Aufsichtsrat aus Dahl, Unshelm; beide wurden wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurde Fabrikant Georg Groß.